

Direkte Demokratie in Europa

Tschechei – Perspektiven der direkten Demokratie von Jiri Matuszek	S. 1
Direkte Demokratie ist die beste Medizin für unsere Gesellschaft von Georgeta Ionescu	S. 3
Hoffnung auf ferne „Eliten“ statt mehr Demokratie? von Paul Ruppen	S. 5
Neoliberale Politik zerstört die EU von Annette Groth	S. 7

Anarchisme; Europa-Politik der Grünen

Buchbesprechungen	S. 11
Les idées principales de l'anarchisme et la critique de l'Union Européenne de Chris Zumbunn	p. 15
Auf dem Weg zu den Wurzeln: 25 Jahre Europapolitik der Grünen von Luzius Theiler	S. 17
Kurzinfos	S. 20



edito

Zum Versuch der EU, die Schweiz zu einem automatischen Rechtsübernahme im Bereich der Bilateralen Verträge zu bringen, gibt es im Augenblick eher wenig zu sagen – alles liegt etwas in der Schwebe. Der Bundesrat und seine Abgesandten üben sich in spitzfindigen Sprachspielen. Die Rechtssprechung des EuGH ist mal unverbindlich, dann verbindlich. Verbindlich ist plötzlich nur die Rechtsauslegung, man müsse sich dann aber nicht dran halten. Neben diesem seltsamen Schauspiel werden hie und da Positionen bezogen. Die Kantone und bekannte EWR-Einzelkämpfer möchten wieder den EWR aufwärmen oder diesen wenigstens als Option warm halten. Neben den Gewerkschaften geht auch der Gewerbeverband auf kritische Distanz zu einer automatischen

Rechtsübernahme mit Urteilssprüchen des EuGH. Die Neue Europäische Bewegung betrachtet es als „sachgemäss“, dass der EuGH „die von der Schweiz übernommenen Bereiche des EU-Rechts“ auslegt. Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollen entsprechende Gutachten verbindlich sein. Überraschender: Ex-Regierungschef Juncker empfiehlt der Schweiz mehr Gelassenheit im Umgang mit der EU. Ihn ärgere masslos, wie „unverhältnismässig beeindruckt“ die Eidgenossenschaft auf Wortmeldungen aus Brüssel reagiere – die Bilateralen seien faktisch kein Thema in der EU. Nicht richtig sei, wenn hiesige Regierungsvertreter mit subalternen Beamten abgespeist würden (NZZ, 16. November 2013, S. 7).

Paul Ruppen

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöheln. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind dies Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

EUROPA-MAGAZIN herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2014 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüßten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung. Durch Werbung fürs EM würde unsere Arbeit fruchtbarer!

Folgende und weitere Nummern des EUROPA-MAGAZINs sind noch erhältlich. Bitte pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag beilegen:

- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»
- EM 1/2003 EU-Verfassungsentwurf
- EM 1/2005 EU-Verfassung; Schengen/Dublin
- EM 2/2005 EU und Deregulierung
- EM 1/2006 Kleinstaaten in der EU
- EM 1/2011 EU-Diskussionen in EU-Ländern
- EM 2/2011 Euro-Krise
- EM 2/2012 Demokratieabbau durch EU

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar.



Polit-Skandale und direkte Demokratie

Tschechei – Perspektiven der direkten Demokratie

Die letzten Parlamentswahlen in der Tschechei fanden am 25. und 26. Oktober 2013 statt. Es handelte sich um Wahlen, die sechs Monate vorgezogen worden waren. Dies erklärt sich durch einen Skandal, der zum Rücktritt des Premierministers und der gesamten Regierung führte. Die Proteste, welche den Rücktritt der Regierung begleiteten, wurden von der tschechischen Bewegung für direkte Demokratie genutzt, um die Idee der direkten Demokratie in Tschechien bekannter zu machen.

Von Jiri Matuszek*

Die zurückgetretene Regierung, die von zwei rechtsgerichteten Parteien und einer zentristischen Partei gebildet wurde, war ständig in Skandale verstrickt, wobei es um Unregelmässigkeiten bei öffentlichen Beschaffungsprojekten ging. Die Politiker versuchten, „befreundete“ Unternehmungen mit lukrativen Geschäften zu versorgen. Der letzte Schlag wurde der Regierung durch den Premierminister versetzt: er missbrauchte den Geheimdienst, um Leute aus persönlichen Gründen ausschüffeln zu lassen. Zudem wurden durch die Affäre Korruptionsvorwürfe laut. Die Untersuchungen sind immer noch im Gange. Unter der Begleitmusik der Skandale hat sich das Leben der tschechischen Bevölkerung stetig verschlechtert.

Demonstrationen und Proteste

Die Verschlechterung der Lebenssituation und die Skandale führten zu Misstrauen und Frustrationen in der Bevölkerung, was sich in einer Vielzahl von Protesten entlud. Sie reichten von spontanen Demos auf Plätzen der grösseren Städte bis zur Demo vom April 2012 mit hunderttausend Teilnehmern in der Hauptstadt Prag, organisiert durch die Gewerkschaften und mehrere Nicht-Regierungsorganisationen. Die Demo-Teilnehmer erhofften, dass sich die Regierung der Folgen ihres Handelns bewusst würde. Die einzige Reaktion auf die Proteste war allerdings, dass die Regierung und die Presse den demokratischen Charakter der Tschechei lobten.

Die Organisatoren der Demonstration vom April 2012 machten allerdings Fehler. Den Teilnehmenden wurden keine Informationen über die nächsten Schritte geliefert. Zudem wurde der Hauptsprecher der Demo, der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes der tschechischen Republik, unmittelbar nach der Demonstration in einem Restaurant mit dem Finanzminister gesehen, dem Symbol jener Zustände, gegen die die Leute protestierten. Dies führte dazu, dass die Aktivitäten der Bevölkerung und die Anzahl der Protestierenden zurückgingen.

Die tschechische Bewegung für Direkte Demokratie

Die Bewegung für direkte Demokratie, die „HzPD“, ist eine Bürgerinnen und Bürgerbewegung. Ihr Ziel ist die Entwicklung

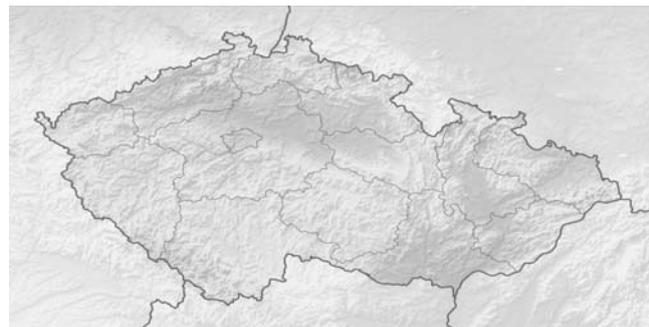
* Tschechische Bewegung für Direkte Demokratie, HzPD, www.hzpd.cz, Quelle : <http://www.democracy-international.org/upcoming-elections-and-rise-direct-democracy-czech-republic> (Übersetzung pr)

der direkten Demokratie in der Tschechei. Sie wurde 2002 gegründet. Ihr Vorsitzender war der kürzlich verstorbene humanistische Philosoph Milan Valach. Die Bewegung nahm an den Protesten der letzten Jahre teil. Sie erklärte die Prinzipien der direkten Demokratie mit Postern und Petitionsständen und warb für deren Einführung in der Tschechei. Zudem nahmen Mitglieder der Bewegung für direkte Demokratie als Redner an vielen Demos teil. Man diskutierte mit interessierten Personen Fragen der direkten Demokratie. In kleineren Zirkeln wurden zudem informiertere und detailliertere Vertiefungsdiskussionen geführt.

Kritische Unterstützung politischer Parteien mit Direkter Demokratie im Programm

Die Arbeit der Bewegung für direkte Demokratie resultierte darin, dass zwei politische Parteien, die an den Wahlen teilnahmen, der direkten Demokratie einen prominenten Platz in ihren Wahlprogrammen zuwiesen. Es handelt sich um die Tschechische Piraten Partei, die zur europäischen Familie der Piratenparteien gehört, und die Partei „Morgendämmerung der Direkten Demokratie“. Die Bewegung für direkte Demokratie gab beiden Parteien ihre „kritische Unterstützung“. Vertreten der HzPD unterstützten diese in den Medien und nahmen an Wahlveranstaltungen dieser Parteien teil. Zudem waren zwei Mitglieder der HzDP Kandidaten für „Morgendämmerung der Direkten Demokratie“. Der „kritische“ Aspekt der Unterstützung bestand in der detaillierten Begleitung von Papieren und dem Auftritt führender Mitglieder dieser Parteien. HzDP versuchte die Aufmerksamkeit auf argumentative Schwächen zu richten, welche die Einführung wirklicher direkter Demokratie gefährden könnten. So galt es etwa die schädlichen Auswirkungen von Stimmbeteiligungsquoten bei Abstimmungen zu thematisieren.

Unter dem Druck dieser zwei neuen Parteien und der öffentlichen Meinung beginnen andere Parteien über direkte





Demokratie zu diskutieren und erwähnten diese teilweise in Wahlprogrammen. Ihre diesbezügliche Ernsthaftigkeit ist allerdings fragwürdig. Dies zeigt sich daran, dass sie hohe Anforderungen an die Gültigkeit von Referenden stellen und vielen Themen der direkten Demokratie entziehen möchten. HzDP kritisiert solche Absichten, die Volkssouveränität einzuschränken.

Hoffnungsvolle Perspektiven

Die Bewegung für direkte Demokratie hat einen beachtlichen Weg zurückgelegt – von der Zeit, als den meisten Menschen die Konzepte der direkten Demokratie unbekannt waren bis zum heutigen Datum, wo direkte Demokratie in der öffentlichen

Diskussion bei Wahlen als Thema präsent ist. Die jüngsten Erfahrungen haben gezeigt, dass Wahlen für die Verbreitung direktdemokratischer Ideen günstig sein können. Leute, die sonst politischen Debatten aus dem Weg gehen, nehmen in Vorwahlzeiten an Diskussionen teil. Leute, die an Demos dabei waren, verteilten Flyers, für deren Druckkosten sie manchmal selber aufkamen, oder propagierten politische Ideen, wodurch ein Gefühl gemeinsam verfolgter Ziele aufkommen konnte.

Es ist aber klar, dass die Tschechei noch weit von der Verwirklichung tatsächlicher direkter Demokratie ist. Die Einführung verbindlicher nationaler Referenden und anderer Elemente direkter Demokratie verlangen noch viel politische Engagement. ■

Kurzinfos Demokratie

Deutschland: Direkte Demokratie nicht im Koalitionsvertrag

Am 27. November 2013 haben CDU/CSU und SPD der Öffentlichkeit ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Obwohl sich laut einer aktuellen Emnid-Umfrage mittlerweile 84 Prozent der Bevölkerung und 83 Prozent der Unionswähler/innen für bundesweite Volksentscheide aussprechen, hat dieses direktdemokratische Instrument keinen Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden

Mehr Demokratie, die Bewegung für direkte Demokratie in Deutschland, kritisiert dies scharf. „Damit bleiben die Bürgerinnen und Bürger Zaungäste der Bundespolitik“, so Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von *Mehr Demokratie*. „Deutschland behält in Sachen direkter Demokratie seine Schlusslichtrolle im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern.“

Gegen die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden und Referenden hatte sich besonders Angela Merkel ausgesprochen. Obwohl SPD und CSU Vorschläge für einen Einstieg in die direkte Demokratie auf Bundesebene ausgearbeitet hatten, konnten oder wollten sie sich offensichtlich gegen die CDU nicht durchsetzen.

„Die Regierungsparteien haben eine grosse Chance vergeigt, das einzulösen, was das Grundgesetz seit 65 Jahren verspricht – dass das Volk die Staatsgewalt nicht nur in Wahlen, sondern auch in Abstimmungen ausüben soll“, so Beck. Wer, wie Angela Merkel, der Forderung nach einem Ausbau der Bürgerrechte eine solche Abfuhr erteile, stelle sich selbst auf die Seite der Ewiggestrigen.

In der Bundesrepublik hat es noch nie eine Volksabstimmung auf nationaler Ebene gegeben. Eindeutig geregelt sind nationale Abstimmungen lediglich bei einer Ablösung des Grundgesetzes durch eine Verfassung (Art. 146 GG) – und das, obwohl das Recht auf Abstimmungen in Artikel 20 des Grundgesetzes festgelegt ist. 27. November 2013, http://www.volksentscheid.de/koa-vertrag_ohne_volksent-scheid.html

Zu beachten ist, dass auch die parlamentarische Demokratie in Deutschland eine Schräglage aufweist. Bei den letzten Wahlen wanderten 6,8 Millionen Stimmen in den Papierkorb. 15,7 Prozent der abgegebenen und gültigen Stimmen sind bei

der Deutschen Bundestagswahl am 22. September nicht gewertet worden. Wer eine Partei gewählt hat, die unter fünf Prozent lag, dessen Stimme bleibt stumm und wird bei der Verteilung der Sitze nicht berücksichtigt. Die Stimmen der Wählerinnen und Wähler von Union, SPD, Linkspartei und Grünen dagegen schon.



Rom reagiert auf EU-Kritik

Die Regierung in Rom hat in Reaktion auf die Kritik der EU-Kommission an den italienischen Budgetplänen für 2014 den Verkauf mehrerer staatlicher Unternehmensbeteiligungen angekündigt. Die Veräusserungen sollen 20 Mrd. bis 12 Mrd. Euro einspielen, doch nur zur Hälfte dem unmittelbaren Abbau der Staatsschulden dienen. Die andere Hälfte wird, wie Ministerpräsident Letta präziserte, der Verstärkung der Kapitalkraft der Beteiligungsgesellschaft Casa Depositi e Prestiti (CDP) dienen, an der das Finanzministerium eine Quote von 80% hält und über die der Staat an einer Reihe von Konzernen massgeblich beteiligt ist.

Die EU-Kommission war zum Schluss gelangt, dass Rom die Investitionsklausel, die zugunsten investiver Ausgaben eine verlangsamte Reduktion der strukturellen Neuverschuldung erlaubt, nicht beanspruchen darf. Zwar halte Italien die Maastricht-Defizitlimite von 30% des BIP wieder knapp ein, bemühe sich aber zu wenig um den Abbau der Staatsschulden. NZZ, 23. November 2013, S. 30





Direktbetroffene mitreden und mitentscheiden lassen

„Direkte Demokratie ist die beste Medizin für unsere Gesellschaft“

In Rumänien kämpft Georgeta Ionescu, seit langem aktiv für die Umwelt engagiert, gegen das Fracking an. Sie ist eines der Gründungsmitglieder einer Demokratiegruppe in Rumänien, die im Juli dieses Jahres (2013) ins Leben gerufen wurde. Im folgenden Interview redet sie über die aktuellen Zustand der Politik in Rumänien, über die Perspektiven der direkten Demokratie und über ihre Motivation, politisch aktiv zu sein.

Interview von Cora Pfafferoth (Democracy International) mit Georgeta Ionescu*

Democracy International: *In diesen Tagen hören wir viel von Protesten gegen Fracking und Goldminen in Rumänien. Was geschieht da in diesen Tagen in Rumänien?*

Georgeta Ionescu: In den letzten Wochen sind Tausende von Rumänen auf die Strasse gegangen, um friedlich gegen das grösste Tagbau-Goldminenprojekt in Rosa Montana (dt. Goldbach, ungarisch Verespatak, in Siebenbürgen) zu protestieren. Es wurde auch gegen Fracking (Gasgewinnung aus Schiefergas mittels Hineinpumpen von Wasser in den Boden) protestiert sowie für das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt. Neben Strassenmärschen wurden öffentliche, repräsentative Plätze in der Hauptstadt besetzt.

Bezüglich der Goldgewinnung mittels Cyanid findet bereits seit 12 Jahren eine Auseinandersetzung mit einer kanadischen Gesellschaft statt, welche eine Lizenz für den Goldtagbau in Rosia Montana erhalten hat. Es handelt sich um eine traditionelle Gold-Minenregion, wo Gold seit den Römern bis in die 90er Jahre geschürft wurde. In der Tat gibt es dort eine lange und einmalige Minengeschichte mit den ältesten Minenruinen des Landes, mit alten Tunneln und Werkzeug aus alter Zeit. Selbst Transkripte römischer Gesetze wurden dort entdeckt.

Wieso sind die Leute empört?

In der Tat wurden beide Genehmigungen – nämlich Schiefergas zu extrahieren und Gold mit Hilfe der Cyanid-Methode zu gewinnen – verliehen, ohne die Öffentlichkeit einzubeziehen. Der genaue Inhalt der Vereinbarungen wird vor der Öffentlichkeit immer noch geheim gehalten. Das Gesuch, die Dokumente freizugeben, wurde abgewiesen und die Vernehmlassungen bezüglich Umweltverträglichkeitsprüfungen waren nur simuliert. Manche Leute streiten es schlicht ab, dass die Umwelt in Gefahr ist. Im speziellen geht es bei der Rosia Montana-Grube auch um unsere Erbe. Zivilgesellschaftliche Organisationen verlangen einen UNESCO-Schutz für alle archeologischen Lebenszeugnisse, die dort gefunden wurden.

Im Augenblick will man vier Berge abtragen und 13.000 Tonnen Cyanid einsetzen, um die grösste Schürfung-

oberfläche Europas zu bewirtschaften. Ein Teich mit cyanidhaltigem Abfall soll eine Fläche von 300 Hektaren bedecken. Diese Projekt beunruhigt jene Menschen, die sich an das Baia Mare Cyanid-Unglück von 2000 erinnern, das eine Verschmutzung bewirkte, die sogar Nachbarländer beeinträchtigte. Zudem erinnern sich manche an den Unfall von 1971 in der geschlossenen Mine von Certej. Damals starben 89 Personen und viele andere wurden verletzt.

Werden direktdemokratische Instrumente benutzt, um die Konflikte zu lösen?

Vier Referenden wurden bezüglich Schiefergas in den Städten von Dobrogea im Dezember 2012 organisiert. Trotz der starken Opposition gegen das Fracking – mehr als 90% der Stimmen wandten sich dagegen – schaffte nur ein Referendum die hohen Abstimmungsquoren. Aber auch diese Entscheidung will die Regierung missachten, da sie Chevron das Recht, die Lager abzuklären, bereits zugestanden hat. Im Bezirk Vaslui haben 17 lokale Räte entschieden, das Fracking zu verbieten. Ebenso in Arad. Diese Entscheidungen repräsentieren den Willen der lokalen Bevölkerungen. Trotzdem versucht die zentrale Verwaltung die Räte unter Druck zu setzen, damit diese auf ihre Entscheidungen zurückzukommen. Der Finanzausgleich wird reduziert, um sie willfährig zu machen. Der Bezirk Vaslui mit der Stadt Barlad hat gegen diese Entscheidungen seit dem Februar protestiert und es wurden Meetings mit mehreren tausend Personen abgehalten. Die Regierung wurde in der Folge im Frühjahr gestürzt. Bürgerinnen und Bürger fahren mit den Protesten gegen das Fracking fort. Werden die Politiker einlenken? Wir werden sehen ...

Was tun Sie selber, um den Konflikt zu lösen?

Ich nutze die legalen Rechte, die den Bürgerinnen und Bürgern garantiert sind, und ich verlange Transparenz auf Landesebene sowie von den Konzernen, inklusive die Veröffentlichung jener Verträge, welche einen Einfluss auf das Wasser und das Land unserer Gemeinden haben. Wir müssen den Finger darauf legen, dass manche Entscheidungen Einfluss auf die Menschenrechte haben, und wir verlangen von den Beteiligten, alles zu unternehmen, um das Recht auf Leben, Gesundheit und Umwelt zu schützen.

Was sind ihre politischen Ziele?

Ich bin für eine saubere und gesunde Umwelt und für eine demokratischere Gesellschaft. Wir erben aus einer anderen

* Quelle: <http://www.democracy-international.org/interview-georgeta-ionescu> (Übersetzung pr).



Ära das Öl, auf dem die heutige Wirtschaft energiemässig fusst. Um von der fossilen Energie weg hin zu erneuerbaren Energien zu gelangen, müssen wir die richtige Politik wählen. Wir dürfen keine Zeit verlieren und jetzt handeln. Kohle, Öl, Erdgas und deren Förderung verstärken die globale Emission von CO₂, Methan und den anderen Treibhausgasen. Ich kämpfe gegen die Abholzung in meinem Land und in anderen Ländern. In allen Engagements fürs Leben müssen die Gemeinden und die Leute an der lokalen Politik beteiligt werden, da sie als erste davon betroffen werden. Direkte Demokratie ist die beste Medizin, wenn ein Projekt Gemeinden und lokale Bevölkerungen bedroht.

Neulich gründeten sie mit anderen Personen zusammen eine Demokratiegruppe in Rumänien. Wie geht die Arbeit voran? Welche Ziele verfolgen Sie mit dieser Organisation?

Der Verein wurde erst kürzlich registriert. Unsere ersten Projekte betreffen die Erziehung zu Bürgerrechten und öffentliche Sensibilisierungskampagnen. Wir nehmen an öffentlichen Debatten teil, die im Augenblick laufen. Wir beabsichtigen, die Leute darüber aufzuklären, welche Rechte sie gemäss geltendem Recht haben, an öffentlichen Vernehmlassungen teilzunehmen. Unser Ziel ist die Gewährleistung direkter Abstimmungen über gewisse Entscheidungen, welche die Gemeinden und lokalen Bevölkerungen betreffen. Elektronische Abstimmungen können leicht auf lokaler Ebene implementiert werden und kosten sehr wenig. Die harte Arbeit allerdings ist die Veränderung der Mentalitäten: es gibt immer noch viel zu viel Apathie unter den Bürgerinnen und Bürgern, wenn es um Teilhabe am öffentlichen Leben geht, einschliesslich Abstimmungen, Wahlen und Meinungsäusserungen bezüglich gewisser Projekte. ■

Kurzinfos Demokratie

Direkte Demokratie in Österreich - Alibiaktionen!

Der von den beiden Regierungsparteien im Juni 2013 vorlegte Entwurf zur „Stärkung der direkten Demokratie“ ist eine reine Alibiaktion, die nicht ansatzweise der Forderung entspricht, dass die Bevölkerung Volksabstimmungen von unten auslösen können soll.

Der von SPÖ und ÖVP vorgelegte Entwurf für die Stärkung der direkten Demokratie verdient diesen Namen nicht. 72% der Menschen in Österreich sprechen sich dafür aus, dass die Bevölkerung Volksabstimmungen auslösen können soll, deren Ergebnis bindend ist. Dieser Forderung wurde nicht einmal ansatzweise Rechnung getragen. Denn der Regierungsentwurf verlangt ein

- extrem hohes Quorum: Mindestens 10% der Bevölkerung, rund 650.000 Menschen (bei Verfassungsbestimmungen fast eine Million) müssen ein Volksbegehren unterschreiben, damit
- dadurch eine unverbindliche Volksbefragung eingeleitet werden kann und nicht eine bindende Volksabstimmung.
- Und selbst wenn dieses hohe Quorum erreicht wurde, kann eine solche Volksbefragung vom Nationalrat weitgehend willkürlich unterbunden werden, indem er mit Mehrheit entscheiden kann, ob er dem Anliegen des Volksbegehrens Rechnung getragen hat oder nicht. Zeit- und Kostenbürde einer VFGH-Klage werden den Volksbegehrensbetreibern aufgebürdet, Verzögerungsfaktor: ca. 2 Jahre.
- EU-Recht, Gesamtänderungen der Verfassung und völkerrechtliche Verträge sollen von vornherein ausgeschlossen werden. Damit würden direktdemokratische Initiativen etwa gegen die Entmündigung des Parlaments in Budgetfragen (EU-Two-Pack-Verordnungen), gegen die EU-Budgetdiktate (Six-Pack-Verordnungen, Fiskalpakt), gegen die EU-Liberalisierungswut, den Austritt aus EU-Verträgen, für die Ausweitung der direkten Demokratie, usw. verunmöglicht. Die Solidar-Werkstatt Österreich, die sich gemeinsam mit anderen Organisationen in der Plattform „demokratie2013“ für

eine Stärkung der direkten Demokratie engagiert, zu diesem Regierungsentwurf: „Wir wollen mehr direkte Demokratie und nicht solche Alibiaktionen. Der Forderung, dass die Bevölkerung selbst bindende Volksabstimmungen auslösen können soll, wird dieser Entwurf nicht einmal ansatzweise gerecht. Vorbild für eine ernsthafte Umsetzung dieser Forderung sollte aus Sicht der Solidar-Werkstatt die Schweiz sein, wo 100.000 innerhalb eines Jahres frei gesammelter Unterschriften ausreichen, um eine Volksabstimmung durchzusetzen. Nicht EU-Recht, das in zunehmend autoritärer Weise den neoliberalen Marktradikalismus schützt, sondern die Wahrung der Menschenrechte sollen davon ausgenommen sein.“, SOLIDAR-WERKSTATT, Rundbrief, 15. Juli 2013, http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=878&Itemid=1

Französisches Initiativrecht als Mogelpackung

Jacques Chirac hat es angestossen und Nicolas Sarkozy 2008 in die Verfassung gebracht – doch dann blieb das Projekt «Volksinitiative» liegen. Nun möchte Präsident François Hollande den Bürgern das Initiativrecht ab 2014 endlich zugestehen. Anlässlich der Feiern zum 55. Jahrestag der Verfassung hat Frankreichs Staatschef angekündigt, seinen Landsleuten möglichst bald eine Mitsprache im Gesetzgebungsprozess einzuräumen.

Bei näherer Betrachtung des in den Grundzügen bekannten Textes kommen indessen Zweifel auf, ob es je zu einer entsprechenden Initiative plus Referendum kommen wird. Während in der Schweiz Initiativen bereits mit 100 000 Unterschriften lanciert werden können, sieht die Rohfassung des französischen Entwurfs mit rund 4,5 Millionen Signaturen eine stratosphärisch hohe Hürde vor; sie ergibt sich daraus, dass jeder Zehnte der etwa 45 Millionen eingeschriebenen Wähler für ein Vorhaben gewonnen werden müsste. So heiss brodelt es selbst in Frankreich nie.

In ersten Reaktionen wird denn auch darauf verwiesen, dass selbst populäre Petitionen wie die Unterschriftensammlungen gegen die Privatisierung der Post oder gegen



Mit mehr direkte Demokratie und besserer Kontrolle der eigenen Polit-„Eliten“ dürfte die EU-Kritik in der EU-Ländern wachsen.

Hoffnung auf ferne „Eliten“ statt mehr Demokratie?

Es ist erstaunlich, die Griechen wollen die EU und den Euro anscheinend mehrheitlich immer noch. Trotz sechs Jahren Rezession, einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 26 Prozent und einer Arbeitslosenquote von 27 Prozent wollen 69 Prozent der Bevölkerung laut einer Umfrage des Pew Research Center am Euro festhalten. Die Länder können durch das Euro-System noch so gebeutelt werden, im Augenblick finden sich immer noch Mehrheiten für dessen Beibehaltung. Über die Gründe kann ohne seriöse, detaillierte Umfragen nur spekuliert werden. Eine Rolle spielt wohl, was von der Bevölkerung als Ursachen der Krise betrachtet wird, wobei bei den entsprechenden Wahrnehmungen Massenmedien eine Rolle spielen, die von spezifischen Interessen abhängen. Wichtig ist sicher auch die Wahrnehmung von Alternativen und die Beurteilung derer Folgen.

Von Paul Ruppen

Ein weiterer wesentlicher Grund für den Wunsch nach Beibehaltung der EU und des Euro scheint im Misstrauen der Bevölkerungen gegenüber dem eigenen Staat zu sein. Mangels Alternativen und aus lauter Verzweiflung scheint man auf das ferne Brüssel zu hoffen oder dieses wenigstens als das kleinere Übel zu betrachten. Laut Eurobarometer haben 19% der Griechen Vertrauen in die EU-Institutionen, während nur 9% Vertrauen in die eigenen Regierung haben¹⁾.

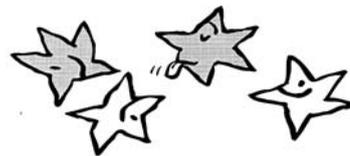
Es handelt sich um ein Phänomen, das in den EU-Staaten verbreitet ist. Angesichts der Abfallkrise in Neapel im Jahr 2011 erhofften sich Leute vor Ort Hilfe aus Brüssel. Dabei ist keineswegs klar, was man im Brüssel gegen Korruption in Neapel und das dortige organisierte Verbrechen tun könnte. Die Bulgaren erhoffen sich gegen den eigenen korrupten Staat ebenfalls Hilfe aus Brüssel.²⁾ Auch hier ist nicht ersichtlich, was Brüssel gegen korrupte Seilschaften im bulgarischen Staatsapparat tun könnte. Um das zu einzusehen, braucht es nur einen kleinen Perspektivenwechsel. Man betrachte Sofia

¹⁾ http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_fact_en.pdf.

²⁾ (s. Bericht <http://www.welt.de/politik/ausland/article118431279/Europa-kapituliert-vor-der-Korruption-in-Bulgarien.html>).

von Brüssel her! Ein EU-Bürokrat wird andere Sorgen als Beziehungsgeflechte im fernen Sofia haben. Zudem hat „Brüssel“ weder das nötige Detailwissen noch die Kompetenzen, um eingreifen zu können. Die Eindämmung von Korruption ist ein langwieriger Prozess der Veränderung der politischen und ökonomischen Alltagskultur, die nur zustande kommt, wenn möglichst viele betroffene Menschen – oft gegen Widerstand und unter Inkaufnahme eigener Nachteile – daran arbeiten. Dieser Umstand erklärt vermutlich auch die Hoffnung auf fremden Einfluss. Da der eigene Einsatz – vor allem wenn er ziemlich allein bleibt – wenig Hoffnung auf Erfolg verspricht, vertraut man auf fremde Hilfe, obwohl diese weder möglich noch wahrscheinlich ist.

Die Sehnsucht nach einer Lösung der eigenen Probleme durch andere und gewöhnlich durch solche in höheren und fernerer Etagen ist ein altes und verbreitetes Phänomen. In Märchen kommt etwa die Sehnsucht nach dem guten König zum Ausdruck, im Mittelalter erhofften sich manche vom fernen Kaiser Schutz vor den subalternen, ausbeuterischen



Kurzinfos Demokratie - Fortsetzung von Seite 4

das Ausländerstimmrecht in der Vergangenheit bloss 308 000 beziehungsweise 203 000 Personen zu mobilisieren vermochten. Als das 65 Millionen Einwohner zählende Land zwischen Gegnern und Befürwortern der Homo-Ehe tief gespalten war, konnten die Gegner zwar einen Berg mit 700 000 Unterschriften zusammentragen; benötigt würde für eine Initiative aber mehr als das Sechsfache davon. Bereits ist von der Regierung zudem klar zum Ausdruck gebracht worden, dass solche grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen dem Stimmvolk auf keinen Fall überlassen werden dürften, wie auch sämtliche Themen, die die Verfassung der Fünften Republik berührten.

Zur Farce verkommt das Initiativrecht gewissermassen beim Kleingedruckten: Der Anstoss zu einem neuen Gesetz soll nämlich nicht aus dem gemeinen Volk erfolgen können, sondern aus dem Parlament; aber dort auch nur dann, wenn sich ein

Fünftel beider Kammern zusammentut. Erst dann kann «vox populi» angerufen werden.

Nur spekuliert werden kann darüber, ob ein Zusammenhang zwischen Hollandes Vorstoss und den 2014 anstehenden Gemeindewahlen besteht. Dem Front National wird ein grosser Erfolg prognostiziert. In dessen Partei- und Wahlprogramm steht übrigens das Initiativ- und Referendumsrecht. NZZ, 5. Oktober 2013, S. 3





Adligen. Eine Zeitlang waren abgehobene „Elite“-Parteien im Schwang. Heute erhoffen sich manche die Absolution vom Unterlassen eigenen Handelns von guten fernen Richtern.

Helfen kann aber nur eigenes politisches Engagement breiter Bevölkerungsschichten. Dieses wird durch spezifische politische Institutionen allerdings gefördert oder behindert, wobei diese Institutionen selber Ausdruck entsprechender politischer Kultur sind. Eine aktive Bevölkerung wird sich Institutionen erstritten haben, welche Aktivitäten erleichtern und eine partizipative Politikultur fördern, während umgekehrt eine passive Bevölkerung von abgedichteten staatlichen Institutionen in Ihrer Passivität gefördert wird, wodurch die Abgehobenheit der staatlichen Institutionen wiederum gestärkt wird. Die Sehnsucht nach ferner Hilfe steigt und damit die Passivität.

In diesem Zusammenhang wird klar, wie wichtig die Entwicklung direktdemokratischer Institutionen in ganz Europa ist. Sie erlauben es den Bevölkerungen, die Dinge in die eigenen Hände zu nehmen, die eigenen Polit-„Eliten“ wirksamer zu kontrollieren und damit weniger auf die unerfüllbare Hoffnung fremder Hilfe zurückzufallen. Glücklicherweise kann man überall in Europa Bestrebungen hin in diese Richtung beobachten. Fast in allen Ländern gibt es Gruppierungen, welche mehr direkte, verbindliche Volksentscheide fordern³⁾. Der Weg wird allerdings weit sein. Es genügt ja nicht nur Institutionen zu haben, auch der Umgang mit diesen und die entsprechende politische Kultur ist zu lernen. Abschottungstendenzen der „Eliten“ sind stetig zu bekämpfen – ein Prozess, der nie abgeschlossen ist.

Durch die augenblickliche Entwicklung in der EU ergeben sich für eine Direktdemokratisierung sowohl Chancen als auch Gefahren. Trotz verbreiteter Passivität gibt es vermehrt Leute, die protestieren und in ihrer misslichen Lage Einfluss haben wollen. Damit dieser Protest nicht in konkreten Forderungen stecken bleibt, können Anhänger der direkten Demokratie die Proteste nutzen, um ihre Forderungen nach direktdemokratischen Institutionen zu verbreiten. Zudem sehen gut ausgebildete Leute immer weniger ein, wieso sie politische Entscheidungen Politikern überlassen sollen, die das Geld der Steuerzahler ohne deren wirkliche Mitbestimmung ausgeben dürfen und die keineswegs besser qualifiziert sind als sie.

Andererseits können durch die EU-Krise auch rechts-extreme autoritäre Gruppierungen gefördert werden – s. Artikel von Annette Groth in dieser Nummer. Rechtsextreme Bewegungen könnten zudem die Idee der direkten Demokratie in Misskredit bringen, da manche dieser Bewegungen mehr direkte Demokratie fordern. Hier droht die Gefahr, dass die EU und deren anti-demokratischen Strukturen von Leuten nur deshalb verteidigt werden, weil sie die rechte Kritik der EU ablehnen. Gute Ideen – schliesslich ist die gleichberechtigte Teilnahme an politischen Entscheidungen ein Menschenrecht – sollte man aber nie dem politischen, nicht wirklich demokratischen Gegner überlassen. ■

³⁾ siehe dazu beiden Artikel in dieser Nummer, sowie den Artikel zu Griechenland in der letzten Nummer. Die Ablenkungsmanöver der Regierungen in Frankreich und Österreich - s. Kurzinformativ in vorherigen Seiten - zeugen davon, dass Druck hin zu direkter Demokratie vorliegt.

Kurzinformativ Demokratie

Beteiligung in der Schweiz wird unterschätzt

Das Lamento ist jeweils gross, wenn die Stimmbeteiligung nur bei etwas über 27 Prozent liegt, wie dies beim Urnengang zum Tierseuchengesetz im November 2012 der Fall war. Politiker aller Couleur beklagen dann recht schnell, dieser tiefe Wert sei Ausdruck für das Desinteresse an der Politik. Auch die langjährige, durchschnittliche Stimmbeteiligung in der Schweiz, die sich in den letzten Jahren bei rund 45 Prozent eingependelt hat, verleitet nicht gerade zu Jubelstürmen.

Uwe Serdült, Politologe am Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), hat die Frage der politischen Beteiligung in der Schweiz genauer unter die Lupe genommen. Mit Hilfe von Stimmregisterdaten untersuchte Serdült die Teilnahme an Abstimmungen über einen längeren Zeitraum hinweg. Solche Datensätze existieren gegenwärtig in der Schweiz nur an zwei Orten: Im Kanton Genf und seit 2010 auch in der Stadt St. Gallen. In St. Gallen werden bei Abstimmungen die Stimmkarten jeweils mit einem Strichcode versehen. Auf diese Weise lässt sich in anonymisierter Form verfolgen, wer über mehrere Abstimmungen hinweg teilgenommen hat.

Der Politikwissenschaftler hat die Stimmbeteiligung in der Stadt St. Gallen anhand des Datenmaterials von sieben Abstimmungen analysiert, die von März 2010 bis März 2012 stattfanden. Die Beteiligung schwankte für die einzelnen Urnengänge zwischen 44,4 und 53,3 Prozent. Diese Werte sind für die Schweiz vergleichsweise hoch, liegen aber durchaus im üblichen Rahmen. Verblüffendes zeigt sich, wenn man über mindestens sieben Abstimmungsdaten hinweg auszählt, wie oft ein Einzelner an Abstimmungen teilgenommen hat. Die Beteiligungsquote kumuliert sich dann auf 75,3 Prozent.

Etwas mehr als drei Viertel des Elektorats haben sich also an mindestens einem von sieben Urnengängen beteiligt. «Dieser Wert entspricht nun ganz und gar nicht mehr dem Bild einer nicht an Politik und Abstimmungen interessierten, stillen, schweigenden Mehrheit in der schweizerischen Abstimmungsdemokratie», schreibt Serdült in der Studie.

Gemäss den Umfragewerten der seit 1977 durchgeführten VOX-Analysen gehen die Politologen von drei soziologischen Typen von Stimmbürgern in der Schweiz aus. Auf rund 25 Prozent der Stimmberechtigten schätzt man die sogenannten Modellbürger, die eigentlich immer an die Urne gehen. Weitere 20 Prozent gehören zur Gruppe der «Abstentionisten», die sich nie an einer Abstimmung beteiligen. Auf rund 55 Prozent schätzen die Experten die Gruppe der unregelmässigen Urnengänger.

Die Betrachtung von durchschnittlicher Stimmbeteiligung statt der faktischen Beteiligung führt dazu, dass die Schweiz zusammen mit den USA als Land mit sehr niedriger Stimmbeteiligung geführt wird und deswegen in internationalen Demokratie-Rankings zuweilen schlecht abschneidet. Dies könnte mit einer Langzeitbetrachtung geändert werden. NZZ, 23. Juli 2013, S. 8



Die EU ist durch ihre Konstruktion die Durchsetzungsebene für die Deregulierungspolitik der neoliberalen Eliten geworden.

Neoliberale Politik zerstört die EU

Die neoliberale Politik der letzten drei Jahrzehnte hat die Europäische Union, die einmal in den Augen mancher als politischer Handlungsraum für gesellschaftliche Verbesserungen für ihre BürgerInnen dienen sollte, an den Rand des Scheiterns geführt: Die Kräfte, die von Anfang an die Schaffung eines Binnenmarktes und eine Freihandelsunion als zentrale Aufgabe des europäischen Einigungsprozesses wissen wollten, stehen vor dem endgültigen Durchmarsch. Die politischen Eliten in den Hegemonialstaaten der EU, allen voran Deutschland, setzen dabei gleichzeitig auf Integration und Desintegration. Integration überall da, wo die Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes und ihre Folgen abgesichert werden, z.B. durch den Aufbau einer EU-Armee, die Sicherung des Zugangs zu Rostoffen und der Transportwege, durch die Sicherung der Absatzmärkte nach Außen und den Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten, die Zerstörung eines solidarischen Sozialstaates, die Schwächung von Gewerkschaftsrechten und den Ausbau des repressiven Staatsapparates nach innen.

Von Annette Groth*

Der neoliberale Weg der EU birgt die Gefahr in sich, dass die Europäische Union durch diese Politik für die Interessen der exportorientierten, international agierenden Großkonzerne in eine existentielle politische Krise abrutscht. In den EU-Gremien hat sich eine neoliberale, völlig abgehobene Politikelite ausgebreitet, die mit abgesicherten, hohen Gehältern über die angeblich zu hohen Löhne von ArbeitnehmerInnen in den Unternehmen schwadronieren, mehr Flexibilisierung, Leiharbeit und Niedriglohnsektoren fordern und die Einwanderung von MigrantInnen entweder zulassen oder verhindern, je nachdem, ob es sich um verwertbare, hochqualifizierte, also „nützliche“ EinwanderInnen oder aber um Armutsflichtlinge handelt. Zur Abwehr unerwünschter Einwanderung wird die Militarisierung der EU-Außengrenzen mit einer immer weiter hochgerüsteten FRONTEX-Truppe vorangetrieben.

Die EU ist durch ihre Konstruktion die Durchsetzungsebene für die Deregulierungs- und Privatisierungspolitik der neoliberalen Eliten geworden. Durch die sogenannten Grundfreiheiten des Kapitals, die in den europäischen Verträgen faktisch verfassungsmäßig verankert sind und denen alle anderen Politikbereiche untergeordnet werden, kann die Durchsetzung einer exportorientierten, neoliberalen Politik nahezu ohne größeren Widerstand durchgepeitscht werden. Einige wenige exportorientierte Unternehmen profitieren von der neoliberalen Deregulierungspolitik. Die binnenmarkt-orientierten Teile der Wirtschaft geraten immer mehr unter Druck. Folge ist die systematische Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses und die ständige Zunahme von ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Motor dieser Entwicklung ist die Deutsche Bundesregierung, die für die Interessen des deutschen exportorientierten Kapitals die Zerstörung des Zusammenhalts der EU bewusst einkalkuliert.

Beispiel Griechenland

Griechenland erfährt seit mehreren Jahren die Auswirkungen einer dramatischen Austeritätspolitik. Die Kürzungen der Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft und der Renten

*Annette Groth ist Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg und menschenrechtspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

betragen zwischenzeitlich für große Teile der Betroffenen mehr als 20 Prozent. Die Steuereinnahmen Griechenlands haben sich seit Beginn der Sparmaßnahmen um mehr als 30 Prozent reduziert. Die Verschuldungsquote des Staates nimmt aufgrund der rezessiven Entwicklung permanent zu. Die Wirtschaftsleistung in Griechenland ist seit Ausbruch der Krise um 20 Prozent zurückgegangen, die Jugendarbeitslosigkeit liegt zwischenzeitlich bei fast 50 Prozent.

Eine Besserung der Situation ist nicht in Sicht. Vielmehr führen die ständig zunehmenden Sparprogramme zu einer Abwanderungswelle von qualifizierten, flexiblen jungen Arbeitskräfte in andere Staaten der EU und zu einer Verlagerung von qualifizierten Dienstleistungsarbeitsplätzen in die Boomregionen der EU.

Ideologischer Hintergrund der Durchsetzung dieser Politik gegen Griechenland ist das Konstrukt der „Wettbewerbsfähigkeit“. Seit mehr als zwei Jahrzehnten werden neoliberale Umverteilungsstrategien mit der angeblichen Durchsetzung der EU-Wettbewerbsfähigkeit auf den internationalen Märkten begründet. Hierfür werden Arbeitsmärkte liberalisiert und flexibilisiert, Lohnsenkungen und Arbeitszeitverlängerungen durchgepeitscht, die Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen erzwungen und die Rechte der ArbeitnehmerInnen immer weiter eingeschränkt. Angeblich soll diese Politik zu mehr Wachstum und der Schaffung neuer Arbeitsplätze

führen. In der Realität werden aber zunehmend Arbeitsplätze vernichtet bzw. durch prekäre Voll- und Teilzeitjobs ersetzt. Dieses neoliberale Konzept hat den Konzernen und Banken in den letzten Jahren Rekordgewinne in Milliardenhöhe verschafft, während die ArbeitnehmerInnen bei weniger Lohn immer länger arbeiten müssen. Das daraus resultierende

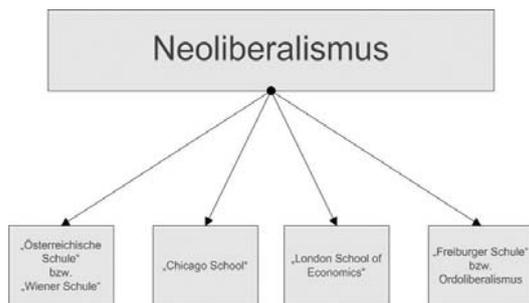


Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich führt jetzt zu den sozialen Unruhen, die wir in vie-len Ländern erleben.

Das Wort „Wettbewerbsfähigkeit“ gab es bis Anfang der 90er Jahre überhaupt nicht. Wie kam es, dass es jetzt in aller Munde ist? Es ist weithin unbekannt, dass ein mächtiger europäischer Lobbyverband, der Europäische Runde Tisch der Industriellen (ERT), in dem die Chefs der größten Konzerne sitzen, die Wettbewerbsfähigkeit auf die politische Agenda gesetzt hat. Bereits 1993 empfahl der ERT der EU-Kommission, eine Europäische Wettbewerbskommission (European Competitiveness Council) mit dem Mandat ins Leben zu rufen, die Wettbewerbsfähigkeit als höchste Priorität auf der politischen Agenda zu halten.

Der ehemalige EU-Kommissionspräsident Santer folgte dem Wunsch der Industriellen und berief 1995 ein „Beratergremium zur Wettbewerbsfähigkeit“ mit 13 prominenten Industriellen, Gewerkschaftern, Bankmanagern, Akademikern und Politikern ein. Den Vorsitz dieser Gruppe hatte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des ERT und Vorsitzende von Unilever, Floris Maljers, inne. Diese Gruppe hat auch die Lissabon-Strategie konzipiert, deren Ziel es war, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen. Nun ist dieses Ziel zwar nicht erreicht worden, aber die Lissabon-Strategie gilt als die „europäische soziale Abrissbirne“, die den Konzernen Riesengewinne beschert, Arbeitsplätze vernichtet und dem Einzelnen nicht nur neue Steuerlasten, sondern auch zunehmend finanzielle „Eigenverantwortung“ für Bildung, die Alters- und Gesundheitsversorgung aufbürdet.

Der ehemalige Vorsitzende von SOLVAY und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wettbewerbsfähigkeit des ERT hat die Verabschiedung der Lissabon-Strategie als „doppelte Revolution“ bezeichnet: „Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin



zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die europäische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“

Beispiel: Verhandlungen Freihandelsabkommen USA-EU

Mit dem zwischen der EU und der Regierung der USA geplanten „Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen“ (TTIP) werden der neoliberale Freihandel und die

Absicherung von kapitalistischen Profitinteressen auf eine neue Stufe gehoben. Mit der Schaffung eines riesigen, mehr als 800 Millionen Menschen umfassenden Wirtschaftsraumes sollen die Interessen der transnationalen Konzerne in Verträge gegossen werden. Das TTIP soll nach dem Willen der Regierenden das größte Handelsabkommen der Welt werden.

In Geheimverhandlungen wird durch Regierungsvertreter eine Deregulierungsoffensive in den Staaten der EU vorbereitet. Dabei wird von der EU-Kommission die Position vertreten, dass „alle Dokumente zu der Verhandlung, beziehungsweise Entwicklung des TTIP-Abkommens, einschließlich der Verhandlungstexte, Vorschläge von jeder Seite, Begleiterläuterungsmaterial, Diskussionspapiere, E-Mails, die zusammenhängen mit der Substanz der Verhandlungen, sowie weitere Informationen, die im Rahmen der Verhandlungen ausgetauscht werden (...) vertraulich behandelt werden sollen“. Gleichzeitig haben die USA den 700 größten US-Konzernen einen direkten Zugriff auf die Dokumente der TTIP-Verhandlungen eingeräumt, so dass die Konzerne Rechtsformulierungsvorschläge direkt an die US-Verhandlungsdelegation leiten können. Umweltverbände, Menschenrechtsgruppen und selbst das Europäische Parlament werden jedoch von diesem Informationszugang völlig ausgeschlossen. Dieser Skandal geht so weit, dass von Seiten der USA Positionspapiere verfasst werden, die nicht einmal an die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten weitergeleitet werden.

Die Öffentlichkeit und die Parlamente werden bewusst aus den Verhandlungen herausgehalten, um Widerstand zu minimieren. Die Geheimverhandlungen zerstören die Demokratie und zwingen die Staaten der EU in die Geiselhaut von EU-Bürokraten und neoliberal ausgerichteten Think-Tanks, Unternehmerverbänden und Regierungen. Die neuen Herrschaftsformen des entwickelten Kapitalismus zeigen ihr Gesicht: Es wird Politik durch die Konzerne, für die Konzerne und mit den Konzernen durchgesetzt.

Erst in Ansätzen hat sich in der EU Widerstand gegen dieses Abkommen formiert. Umweltverbände, Menschenrechtsorganisationen, Verbraucherverbände und Sozialinitiativen wie auch DIE LINKE fordern die sofortige Beendigung der TTIP-Verhandlungen. Gemeinsam setzen sie sich dafür ein, dass ein generelles Verbot von undemokratischen Geheimverhandlungen in den nationalen Verfassungen der EU-Mitgliedsstaaten, aber auch in den EU-Verträgen verankert wird. Alle laufenden Verhandlungen für internationale Freihandelsabkommen sollten sofort beendet werden. Bisher erarbeitete Dokumente sind der Öffentlichkeit sofort bekannt zu machen. In Zukunft sollten Verhandlungen über internationale Abkommen nur noch öffentlich und unter Offenlegung aller Verhandlungsdokumente für die Öffentlichkeit und die Parlamente zugelassen werden. Hierdurch muss der schrittweisen Entdemokratisierung innerhalb der EU und der bewussten Ausschaltung der demokratisch gewählten Parlamente ein erster Riegel vorgeschoben werden.

Alle internationalen Verträge, die von der EU verhandelt werden, müssen vor der Ratifizierung einer qualifizierten Nachhaltigkeitsprüfung, einer unabhängigen Prüfung der Auswirkungen der Verträge auf die Menschenrechte und einer unab-



hängigen Prüfung der Auswirkungen auf ökologische und soziale Standards unterzogen werden.

Völlig inakzeptabel ist der Versuch, über das Freihandelsabkommen USA-EU international agierenden Konzernen Klage-rechte gegen demokratische Entscheidungen von EU-Staaten oder dem Europäischen Parlament, z.B. im Umwelt- und Sozialbereich, einzuräumen. Wenn im Rahmen der Geheimverhandlungen versucht wird, die Profitinteressen von internationalen Großkonzernen über demokratische Entscheidungen von Parlamenten zu stellen, ist dies skandalös. Das ratifizierte Freihandelsabkommen USA-Kanada, das solche Regelungen beinhaltet, ermöglichte es einer US-Firma, den Staat Kanada auf 250 Millionen Dollar Schadensersatz wegen angeblich zu erwartender Gewinnaufschläge zu verklagen, weil Kanada aus Umweltschutzgründen ein Fracking-Moratorium für Schiefergasvorkommen verhängt hatte.

Das TTIP fördert einseitig die Interessen international agierender Großkonzerne. Umweltverträglichkeitsprüfungen, Gesundheitsprüfungen oder vorsorgende Prüfungen von Produkten oder Technologien auf ihre Risiken sollen als angebliches Handelshemmnis ausgehebel werden. Zukünftig sollen alle Produkte, die bereits in den USA zugelassen sind, frei in die EU exportiert werden können. Dadurch will man die bisher vorgeschriebenen Genehmigungsverfahren abschaffen. Dem ungehinderten Export von Gentechnik-Lebensmitteln steht dann nichts mehr im Wege. Auch die bestehende Kenn-

zeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel soll in Frage gestellt werden

Das TTIP wird verheerende Auswirkungen auf die kleinbäuerlichen und ökologischen Landwirte in der EU, aber auch auf die Ernährungssouveränität in den Ländern des globalen Südens haben. In den USA ist heute schon der Verkauf von Klon- und Hormonfleisch erlaubt, Milch von mit gentechnisch erzeugten Wachstumshormonen gedopten Turbo-Kühen findet sich in allen Regalen und Geflügelfleisch, das mit Chlor behandelt wird, ist alltäglich. Für gentechnisch veränderte Pflanzen gibt es keinerlei strenges Zulassungsverfahren oder eine Kennzeichnungspflicht. Das Ziel des TTIP ist, den ungehinderten Export dieser Produkte in die EU-Mitgliedsstaaten zu ermöglichen.

Durch das TTIP werden Agrar-Exportschlachten zwischen den exportorientierten Großbetrieben der EU und der USA eröffnet. Dumpingpreise und zunehmender Wettbewerbsdruck bei Soja und Milchprodukten werden die Verdrängung der einheimischen Futterpflanzen weiter beschleunigen und die „Vermassung“ der europäischen Äcker forcieren.

Aminata Traore, die ehemalige Kultusministerin Malis, kommentierte die Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten wie folgt: „Europa verlangt von uns Wettbewerbsfähigkeit,

aber mit China erfährt es Wettbewerbsfähigkeit am eigenen Leib und kriegt die Panik. Europa schickt uns seine Hühnerbeine, seine Gebrauchtwagen, seine abgelaufenen Medikamente und seine ausgelatschten Schuhe, und weil eure Reste unsere Märkte überschwemmen, gehen unsere Handwerker und Bauern unter. Jetzt schickt China seine Produkte nach Europa, und zwar nicht einmal Reste, sondern saubere, wettbewerbsfähige Waren. Und was tut Europa? Es diskutiert Zölle. Also sage ich: Auch Afrika darf sich schützen. Europa kann doch nicht vor China Panik kriegen und zugleich von Afrika Öffnung verlangen... Für uns sind diese Abkommen die Massenvernichtungswaffen Europas“.

Neoliberale Politik fördert rechtspopulistische Ideologie

In der EU haben die Zentrifugalkräfte sowohl in den krisenorientierten Nationalstaaten als auch in der EU als Ganzes deutlich zugenommen. Die intensiven Diskussionen über die Abtrennung von reichen Regionen innerhalb von Nationalstaaten, wie dies in Spanien, Belgien, Großbritannien und auch in Italien immer mehr an Heftigkeit zunimmt, ist eine Folge der abnehmenden solidarischen Ausgleichsmechanismen, die Nationalstaaten in der Vergangenheit wahrnehmen konnten. Aber auch die systematische Abkoppelung von großen Teilen der EU-Peripherie von der wirtschaftspolitischen Entwicklung und die damit verbundene Zunahme nationalistischer und chauvinistischer Bewegungen verstärken diese Zentrifugalkräfte in der EU.

Mit der Ankündigung der niederländischen Partij voor de Vrijheid und des französischen Front National, miteinander kooperieren zu wollen, sammeln sich die rechtspopulistischen Strömungen und Parteien für die Europawahl 2014. Wilders kündigte an, das Ziel dieser Allianz sei, „die Europhilen zu schlagen“. Le Pen erwartet für die EU einen „Zusammenbruch nach sowjetischem Vorbild“. Weitere Gespräche zur Bildung dieser Allianz gab es unter anderem mit den Schwedendemokraten, der Lega Nord, der FPÖ und dem Vlaams Belang aus Belgien.

Die Ausprägungen des Rechtspopulismus in der EU sind sehr unterschiedlich. Sie reichen von einer wohlstandschauvinistisch getragenen Abgrenzungspolitik bis zu offenen rassistischen Ressentiments. Rechtspopulistische und faschistische Parteien sind in vielen Ländern der EU seit vielen Jahrzehnten aktiv und haben zum Teil sehr hohe Resonanz in der Bevölkerung: Die FPÖ in Österreich, der Front National in Frankreich oder der Vlaams Belang (früher Vlaams Blok) in Belgien sind nur einige Beispiele.

Mit ihrer angeblichen Protestkultur, bei der sie sich als Sprachrohr der „normalen Menschen“ gerieren und angeblich „das einfache Volk“ gegen „die da oben“ bzw. die „Eurokraten“ verteidigen, erreichen diese Parteien immer größeren gesellschaftlichen Zuspruch. Obwohl viele dieser Parteien selbst neoliberale Politikansätze vertreten, stellen sie sich als Widersacher von Regierungsbürokraten, Konzernen und undemokratischen Lobbyverbänden dar. Durch Ethnisierung der Politik, durch Abgrenzung und Diffamierung von religiösen Minderheiten und islamophobe Paranoia vermischen sie real



vorhandene gesellschaftliche Probleme mit einfachen Lösungsansätzen und ethnisch argumentierenden Antworten. Soziale Missstände und Kriminalität versuchen sie durch rassistische oder kulturelle Argumentationsmuster zu erklären.

Diese rechtspopulistischen Argumentationsmuster erhalten durch die verfehlte Austeritätspolitik der Troika, vorangetrieben durch die katastrophale Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU), mit ihren erzwungenen radikalen Spardiktaten und der Wettbewerbspeitsche gegen die anderen Staaten der EU, täglich neue Nahrung. In Griechenland hat das dazu geführt, dass Parteien der Mitte wie die sozialdemokratische Pasok, die die Sparpolitik im Parlament mit durchgesetzt haben, mittlerweile fast in der Bedeutungslosigkeit verschwunden sind, während auf der anderen Seite faschistische Parteien immer mehr gesellschaftliche Zustimmung erhalten und die gesellschaftlichen Missstände durch die Spardiktate nach rechts lenken konnten.

In den meisten Staaten der EU hat sich ein „Extremismus der Mitte“ verfestigt. Durch Aufgreifen der vorhandenen Ideologien und Vorurteile verschiebt sich der gesellschaftliche Kontext immer mehr nach rechts. Faschistische und rechtspopulistische Bewegungen und Parteien transportieren diesen „Extremismus der Mitte“, spitzen ihn weiter zu und schaffen so in einem zunehmenden Teil der Gesellschaft sich immer mehr verfestigende Anschauungen und ideologische Versatzstücke, die heutige in vielen Staaten der EU den politischen Mainstream der betroffenen Gesellschaften beherrschen.

Diese Ideologie der Mitte ist nichts anderes als die gesellschaftstheoretische Umsetzung der neoliberalen Hegemonie in den Köpfen der Menschen, die durch Entsolidarisierung und die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes geprägt ist. Die „Durchkapitalisierung aller gesellschaftlichen Bereiche“ stärkt den Extremismus der Mitte und liefert ihm ideologische Grundlagen. Was sich rechnet ist gut, was stört, muss ferngehalten oder beseitigt werden. Durch diese Ausformung der neoliberalen Hegemonie als ideologischer Kitt eines größer werdenden Teils der EU-Gesellschaften hat sich

die Ausgrenzungspolitik gegen Minderheiten und Migranten massiv verstärkt. Diese ideologischen Grundlagen werden von den Rechtspopulisten und Faschisten zugespitzt und weiterentwickelt. Menschen werden nicht mehr als soziale Wesen, sondern als Konkurrenten um vorhandene, knappe Ressourcen dargestellt und gegeneinander in Stellung gebracht. Das „Survival of the fittest“ setzt sich immer mehr als hegemoniale gesellschaftliche Grundlage durch. Dieses Konkurrenzdenken des Neoliberalismus stellt die erkämpften Errungenschaften von mehr als 150 Jahren ArbeiterInnenbewegung grundsätzlich in Frage. Das bisher in einem wichtigen Teil der Gesellschaft vorhandene Solidarprinzip wird durch ein aggressives Konkurrenzdenken, das alle Gesellschaftsbereiche erfasst, ersetzt.

Rechtspopulistische Strömungen vertreten die verschiedenen Spielarten des Konkurrenzprinzips immer schon als Teil ihrer ideologischen Grundausrichtung und haben diese noch radikalisiert. Sie nehmen damit die gesellschaftliche Funktion ein, durch die Zuspitzung dieses theoretischen Grundkonstrukts die Radikalisierung des kapitalistischen Konkurrenzdenkens im Rahmen der kapitalistischen Krisenlösungsstrategie durchzusetzen.

Die politische Linke in der EU muss dem eine Politik der Internationalisierung und Vernetzung des politischen Widerstandes entgegenstellen. Sie muss sich gegen diese Form der systematischen Entdemokratisierung und Ökonomisierung der Gesellschaft mit parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zur Wehr setzen.

In der EU wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, ob wir in ein finsternes Jahrzehnt der zugespitzten neoliberal geprägten gesellschaftlichen Hegemonie gehen, die durch die ideologischen Versatzstücke der rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen ideologisch abgesichert wird, oder ob wir durch eine radikale Veränderung der bisherigen Politik der EU, verbunden mit der Forderung nach einer vertraglichen Neugründung der EU, Spielräume für linke Veränderungen eröffnen und eine internationalistisch ausgerichtete, solidarische Politik durchsetzen können. ■

Kurzinfo

EU-Kommission gibt grünes Licht für umstrittenen Gentechmais

Die EU-Kommission hat den umstrittenen gentechnisch veränderten Mais SmartStax für Lebens- und Futtermittel zugelassen. Obwohl Tausende EU-Bürger dagegen protestierten. Experten der EU-Mitgliedsländer und Testbiotech hatten im Vorfeld erhebliche Mängel bei der Risikobewertung festgestellt. Diese wurde von Monsanto, DowAgroSciences und der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA durchgeführt. SmartStax wurde gentechnisch so verändert, dass er sechs Insektengifte produziert und resistent gegen zwei Unkrautvernichtungsmittel ist. Doch die Kombinationseffekte zwischen den Insektengiften und den Rückständen der Spritzmittel wurde im Zulassungsverfahren nicht getestet. Die EFSA verlangte auch keine Fütterungsversuche zur Untersuchung gesundheitlicher Risiken. „Der Import dieser Pflanzen hat keinerlei Vorteile für Landwirte, Verbraucher oder die Tier-



gesundheit in der EU. Im Gegenteil, es gibt berechtigte Zweifel an der Sicherheit dieser Pflanzen, die einen ganzen Giftcocktail enthalten“, sagt Christoph Then von Testbiotech. Die Organisation will jetzt eine Beschwerde gegen diese Entscheidung einlegen. Die EU-Mitgliedstaaten werden voraussichtlich im Dezember im Rat der Europäischen Union über den Vorschlag der EU-Kommission entscheiden. Schweizerische Arbeitsgruppe für Gentechnologie, 6. November 2013. <http://www.gentechnologie.ch/>



Buchbesprechungen



Schweizer Gewerkschaften und Europa

Rebekka Wyler beschreibt in Ihrer Dissertation, die im Gegensatz zu vielen Dissertationen flüssig und gut lesbar geschrieben ist, die Entwicklung der Politik der „freien“ Gewerkschaften bezüglich der Europäischen Integration. Sie stellt diese mittels der Haltung der Gewerkschaften gegenüber vier integrationspolitischen Entscheiden dar (EFTA-Gründung, Freihandelsabkommen 1972, EWR-Abstimmung und Bilaterale Verträge). Die Gewerkschaften verharrten jahrzehntelang bezüglich der EG-Integration in einer Beobachterposition. Insbesondere der Neutralitätsdiskurs trug gemäss Wyler dazu bei, dass für die Gewerkschaften eine Teilhabe am EU-Integrationsprozess lange ausserhalb des Wünschbaren und Möglichen lag. Zudem wurde auf die Problematik der Grössenverhältnisse in der EWG hingewiesen: Ein SGB-Sekretär bemerkte Ende April 1957 vor dem Gewerkschaftsausschuss: „Eine derart weitgehende Wirtschaftsintegration wie der Gemeinsame Markt ist notwendigerweise mit einer erheblichen Einschränkung der politischen Souveränität der beteiligten Länder verbunden, und dabei sind Kleinstaaten besonders benachteiligt, indem die grösseren Länder bei der gemeinsamen Beschlussfassung dominieren“ (S. 98). Grundsätzliche, demokratiepolitisch begründete Kritik kommt in einem Refereat des damaligen volkswirtschaftlichen Mitarbeiters des SGB am Kongress 1960 in Basel zum Ausdruck. Die Funktionsweise der EWG-Organen wird von ihm als undemokratisch bezeichnet, da sie keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen. „Ihre Beratungen sind geheim, ihre interessanten Berichte vertraulich. Sie umgeben sich mit dem Schleier des diplomatischen Geheimnisses“ (S. 99).

Anlässlich des Freihandelsabkommens ergab sich eine gewisse Spannung zwischen exportorientierten und binnenwirtschaftlichen Branchen. Das Ja in den Gremien des SMUV und GTCP war unumstritten. Im SBHV sowie im VHTL kamen jedoch die Differenzen zwischen Binnen- und Exportwirtschaft offen zur Sprache. Zentrales Thema in allen Gewerkschaften war die Angst der Basis vor zunehmender Einwanderung. Befürchtet wurden möglicher Arbeitsplatzverlust und Lohndumping. Die Herauslösung der Migrationspolitik aus der Vorlage war entscheidend für die Zustimmung der Gewerkschaften. Nach dem Ja der stimmberechtigten Bevölkerung zum Freihandelsabkommen blieb die EWG-politische Debatte in der Schweiz auch in den Gewerkschaften eingeschlafen.

Dies änderte sich Ende der 1980er Jahre. Frau Wyler beschreibt anhand von Quellen des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) und seiner Mitgliedorganisationen die Entwicklung der EG/EU-politischen Positionen um 1990 und identifiziert die zentralen Konfliktlinien, die die innerverbandlichen Auseinandersetzungen prägten: divergierende Interessen von Export- und Binnenbranchen, unterschiedliche

Perspektiven der verschiedenen Landesteile, Differenzen zwischen gewerkschaftlicher Spitze und Basis, sowie zwischen Gewerkschaftsmitgliedern mit und ohne Schweizer Pass. Bei den Gewerkschaftspitzen sind die Positionen offenbar durch folgende Einstellungen geprägt: die Demokratiefrage wird auf die Wirtschaft eingeschränkt, obwohl die Wirtschaftsdemokratisierungskonzepte auch innerhalb der Gewerkschaften unklar und umstritten sind. Die Frage der politischen Demokratie gerät weitgehend ausser Sichtweite (S. 56 ff). Auf dem Hintergrund der Ausblendung der Wichtigkeit der politischen Demokratie wird „Europa“ zur „Identitäts“-Frage (S. 90). Damit kann man dann die Abgrenzung von der bürgerlichen Rechten zur entscheidenden Frage stilisieren.

Typisch für diese Einstellung ist folgendes Zitat: „Eine isolationistische (sic!) Position ist vor allem aber auch deshalb abzulehnen, weil sie die Probleme für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche mit der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und den fehlenden übernationalen Normen entstehen, keineswegs löst. [...] Auch würde die Entwicklung der Schweiz zu einem desindustrialisierten Zentrum aller möglichen dubiosen und weniger dubiosen Finanz- und Dienstleistungsgeschäfte beschleunigt. Eine isolationistische Position würde uns von den anderen europäischen Gewerkschaften und deren gemeinsamen Programmen und Aktionen abschneiden und uns zum Bündnispartner des reaktionärsten Teils des schweizerischen Bürgertums machen“ (S. 123).

Am Zitat fallen ein paar typische Fehleinschätzungen auf, die von Frau Wyler nicht diskutiert werden: (1) Ersten ging es bei der EWR-Abstimmung nicht um Isolationismus, sondern um die zu wählenden Formen der Zusammenarbeit mit dem europäischen Umfeld. Die Demokratiefrage spielte dabei eine wesentliche Rolle. (2) Die These, dass sich die Schweiz ausserhalb des EWR oder der EG/EU zum Off-Shore-Zentrum für dubiose Finanzgeschäfte entwickelt, hat sich nicht bewahrheitet. (3) Die fehlenden übernationalen Normen sind durch das EU-Deregulierungsprojekt nicht eher einföhrbar als durch sonstige internationale Zusammenarbeit. (4) Es wird nicht erwähnt, dass die Gewerkschaften mangels finanzieller Kapazitäten so oder so wenig in die internationale Zusammenarbeit investieren und dass solche Investitionen von der Frage der Formen der Mitgliedschaft oder Assoziation an den EG/EU-Binnenmarkt unabhängig sind. (5) Durch ein Nein zum EWR hätte man sich nicht zum Bündnispartner des reaktionärsten Teil des schweizerischen Bürgertums gemacht – ausser man hätte mit diesen gemeinsame Komitees gegründet und gemeinsame Kampagnen geführt, was nie zur Debatte stand. Das Scheinargument war damals allerdings sehr wirksam und hat dem „reaktionärsten Teil des schweizerischen Bürgertums“ in die Hände gespielt (Aufstieg der SVP)!

Neben geschürten Abgrenzungsreflexen kam in manchen Gewerkschaftsspitzen eine gewisse, damals in vielen Kreisen verbreitete Euphorie bezüglich der EG/EU-Integration zum Tragen (Binnenmarkprojekt, Europäische Union, Zusammen-



bruch der kommunistischen Regimes). In diesem Zusammenhang wurden dann die „sozialen Errungenschaften“ der EU überschätzt, die der Schweiz unterschätzt. Die Euphorie war vor allem in den Gewerkschaften des Exportsektors verbreitet. Der SMUV war stolz, die „europäischste Gewerkschaft“ zu sein. An der Delegiertenversammlung im Sommer 1990 wurde ein „Menu Euronomique“ serviert: spanische Nüssli, Brüsseler Endivien, Schwedenbraten, italienischer Kaffee und Diplomatencreme wurden gereicht.

In manchen Gewerkschaftskreisen wurde die Befürwortung der EU-Integration (Blockbildungsprojekt!) mit Internationalismus gleichgesetzt: „La FOBB en tant que syndicat européen, de par sa composition et par sa vocation internationaliste ne peut pas se permettre de tourner le dos au processus d'intégration européenne, même s'il est fortement marqué actuellement par l'empreinte du capitalisme néolibéral“ (S. 124).

Zuletzt spielten auch die Zusammensetzung der Gewerkschaften eine Rolle. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem EG/EU-Raum versprachen sich von der Teilnahme am Binnenmarktprojekt Verbesserungen. Da sie an der politischen Demokratie in der Schweiz nicht teilnehmen konnten, waren sie durch entsprechende Einschränkungen nicht betroffen.

Dabei gab es zuerst durchaus kritische Positionen, die aber bald weggeschwemmt wurden. „Ein Teil der schweizerischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung ist offensichtlich bereit, die Rolle der idealistischen Nationalisten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts zu spielen: Die ‚Enge der Heimat‘ soll mit dem Hineinwachsen in einen neuen weiten Raum durchbrochen werden“ (S. 115). Damit wird hier noch deutlich gesehen, dass das EU-Integrationsprojekt den Nationalismus des 19. Jahrhunderts nicht überwindet, sondern ihn auf höherer Ebene reproduziert. Hans Schächli sieht die EG als liberales Deregulierungsprojekt, das möglichst viele Schranken im Kapitalverwertungsprozess beseitigen will. „Es wird zu noch mehr Konkurrenz, noch mehr Konzentrationen führen, der Rationalisierungsprozess wird beschleunigt. EG 92 wird also zumindest zu Beginn Arbeitsplätze vernichten und regionale Ungleichgewichte verschärfen, weil sich die ökonomische Macht noch mehr in den Zentren konzentrieren wird“ (S. 117). Ein Vertreter des VPOD meinte: „Jetzt sollen wir die Festung Europa lieben, damit wir im Wirtschaftskrieg gegen Japan und die USA bestehen können. Nein, Kolleginnen und Kollegen, wir lieben nicht Staaten, nicht Bündnisse, nicht Organisationen oder Kontinente, wenn schon lieben wir den Menschen und die Natur, und darum müssen wir uns auch für eine bessere und andere Welt, für ein besseres und anderes Europa als die EG einsetzen“ (S. 119).

Diese kritischen Stimmen waren zuletzt kaum mehr zu vernehmen. Umso bitterer fiel dann das Aufwachen für die eu-philen Gewerkschaftsspitzen nach dem 6. Dezember 1992 aus. Nicht nur das „Volk“, sondern auch viele der Gewerkschaftsmitglieder mit Schweizer Pass hatten Nein gestimmt. Wyler schreibt: „Beim SMUV scheint es, dass die Führung den Graben in der Mitgliedschaft erst nach verllorener Abstimmung feststellte. Dies auf grund des Ärgers, den der Abstim-

mungskommentar in der SMUV-Zeitung unter dem Titel ‚Katzenjammer der Dummheit‘ in der Mitgliedschaft ausgelöst hatte. Stüffisant wurde an der Sitzung des SGB-Präsidialausschusses von Mitte Dezember bemerkt: ‚[...] la base n'a pas suivi plus mal que d'habitude‘“ (S. 140).

Im Nachgang zur EWR-Abstimmung änderte sich dann die Strategie des SGB. Während man beim EWR noch „Ja, aber“ sagte und damit nichts herausholte, ging man bei den bilateralen Verträgen zu einem „Nein, ausser“ über. Man stellte klare Bedingungen an die Befürwortung und forderte „flankierende Massnahmen“, Forderungen, die bereits anlässlich der EWR-Abstimmung vom GBH gestellt wurden, sich aber im SGB nicht als verbindliche Forderung durchsetzten. Die Haltung der GBH lässt sich durch die exponierte Position des Baugewerbes erklären, das durch die mit dem EWR einhergehende Personenfreizügigkeit im Gegensatz zu früheren Abkommen direkt tangiert wurde. Die Haltung des GBH wurde am SGB-Kongress von 1998 dann zur offiziellen Position. Die Tessiner Vertreter spielten beim Positionswechsel eine wichtige Rolle. Selbst im SMUV wurde 1999 das Beitrittsziel aus einer Resolution gestrichen, um den Text auf die Bilateralen Verträge zu konzentrieren. Die Forderung nach „effizienten Kontrollmechanismen“, um Lohndumping zu verhindern, wurde auch hier erhoben. Bei der Kampagne zu den Bilateralen Verträgen vermieden die Gewerkschaften den Schulterchluss mit den Arbeitgebern, wie er von manchen Gewerkschaften anlässlich der EWR-Abstimmung durchaus punktuell vollzogen wurde. Die Gewerkschaften begannen, die EU-Frage als Hebel für die Erreichung innenpolitischer Reformen zu nutzen, die ohne diese vermutlich nicht mehrheitsfähig gewesen wären. Nach der Annahme der Bilateralen Verträge durch die stimmberechtigte Bevölkerung wurde das EU-Beitrittsziel vom SGB dann allerdings erneuert und die Initiative „Ja zu Europa“ offiziell unterstützt. Die krasse Niederlage der Initiative bedeutete auch eine Niederlage für die „EU-Strategie“ der Gewerkschaftsspitzen.

In der Folge konzentrierten sich die Gewerkschaften auf die Umsetzung der flankierenden Massnahmen. Hauptthema waren die lückenhaften Kontrollen der Löhne und Arbeitsbedingungen: „den paritätischen Kontrollorganen mangle es an personellen und finanziellen Ressourcen, so dass nicht einmal Stichprobenkontrollen, sondern bloss Kontrollen auf Meldung hin durchgeführt werden könnten“ (S. 165). Die Positionen der Gewerkschaften erfuhren im Nachgang zu einigen Entscheiden des EU-Gerichtshofes weitere Veränderungen, die allerdings von Frau Wyler nicht mehr diskutiert werden. Ihre Geschichtsschreibung hört 2005 auf.

In eigenen Kapiteln werden im Buch die Schwierigkeiten der Pflege der internationalen Beziehungen der Gewerkschaften sowie die Geschichte, die Probleme (Sprachprobleme; finanzielle und personelle Schwierigkeiten) und die Bedeutung der Europäischen Betriebsräte diskutiert. Auch diese Kapitel sind lesenswert.

Rebekka Wyler, Schweizer Gewerkschaften und Europa, Münster, Westfälisches Dampfboot, 2012.



Euroland wird abgebrannt

Lucas Zeise, ehemaliger Finanzjournalist der Frankfurter „Börsen-Zeitung“ und der „Financial Times Deutschland“ legt ein lesenswertes Büchlein zur Euro-Krise vor. Abgesehen von einigen ziemlich unverständlichen Referenzen auf Versatzstücke

Marx'scher Theorie, vermutlich vom Verlag gewünscht, ist das Büchlein argumentativ und liefert ein paar bedenkenswerte Einsichten. Zeise legt den Finger auf ein Hauptproblem der verschärften Konkurrenzwirtschaft: durch den Druck auf die Löhne sinkt die Nachfrage nach den produzierten Gütern, wodurch eine Überproduktionskrise erzeugt wird. Einzelne Staaten können für sich das Problem lösen, indem sie konkurrenzfähiger sind als die anderen, wobei offensichtlich nicht alle Länder diesen Weg gehen können, da nicht alle konkurrenzfähiger als alle anderen sein können.

Durch das Einfrieren der Löhne in Deutschland konnte dieses Land auf Kosten der peripheren Länder der Euro-Zone seine Exporte steigern. Deutschland produzierte Exportüberschüsse, während die peripheren Länder in ein Handelsbilanzdefizit hineinschlitterten. Durch die Einführung des Euro erfolgte zuerst eine Angleichung der Zinsen in diesen Ländern nach unten. Dadurch konnten die Importe aus Deutschland finanziert werden. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise differenzierten sich die Zinsen im Euro-Land aber wieder aus. Während Deutschland sich weiterhin mit billigem Geld eindecken konnten, mussten die peripheren Ländern, oft weil sie ihre Banken retten „mussten“, horrenden Zinsen zahlen. Der Hauptgrund für den Beitritt zum Euro, die tieferen Zinsen, erwies sich als Fata Morgana, welche einen kurzen Boom speiste, um dann zu zerplatzen.

Die Antwort auf die Euro-Krise klassifiziert der Autor als die „koloniale Lösung“. Sie hat drei Aspekte: (1) Sicherung der Tributzahlungen an das Finanzsystem. Hierzu dienen die Rettungsfonds für die konkursgefährdeten Staaten und die Rettungsmassnahmen für die Banken, die hauptsächlich vom Notenbanksystem durchgeführt wurden. (2) Der zweite Hauptaspekt ist das Abwürgen der ökonomischen Aktivitäten in der Peripherie unter der Überschrift „Umstrukturierung“ und „Reform“. Die Peripherie wird systematisch unterentwickelt. Kürzung der öffentlichen Investitionen, Erhöhung der Mehrwertsteuer, Erhöhung der Steuern auf Benzin, Kürzungen der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, Senkung von Renten, massives Ansteigen der Arbeitslosigkeit, vor allem bei den Jungen. Das entsprechende Sinken der Nachfrage bewirkt eine Verstärkung der Rezession der betroffenen Länder. Sie werden als Absatzmarkt immer weniger

interessant. (3) Drittens gehört zur kolonialen Lösung die Übernahme der politischen Kontrolle in den peripheren und schwachen Ländern durch die Zentrale (Troika; Verhinderung von Volksabstimmungen; erzwungene Regierungswechsel, Erzwingen von Privatisierungen, Erzwingen von genehmen Gesetzen; etc.).

Dem Euro gibt Zeise keine langfristige Chance. Eine Währungsunion ohne bundesstaatliche Strukturen (Finanztransfer) kann nicht funktionieren und er sieht keine nennenswerten politischen Kräfte am Werk, welche einen solchen Bundesstaat realisieren wollen. Das deutsche Kapital will eine Währungsunion, die nichts kostet. Deutschland wird dem Euro allerdings kein Ende setzen, da die Deutsche Exportindustrie von diesem massiv profitiert (tiefe Zinsen, schamlose Konkurrenzfähigkeit ohne Währungsstrafe). Gemäss Zeise ist ein Austritt am ehesten von Griechenland, Portugal, Spanien und Italien zu erwarten, sobald die koloniale Lösung mit den hohen Zinsen und der extrem restriktiven Fiskalpolitik für diese Länder sozial und politisch untragbar geworden ist. Das Beispiel Argentinien vor Augen werden diese Länder allerdings zögern und wenn möglich einen geordneten Euro-Rückzug anstreben.

Lucas Zeise, Euroland wird abgebrannt: Profiteure, Opfer, Alternativen, Köln, PapyRossa, 2012.





EU-Kommission für Nanomaterialien

Die EU-Kommission möchte für eine höhere Akzeptanz gegenüber Nanomaterialien sorgen. Dafür stellt sie im Rahmen des NANODIODE-Projekts rund 2.5 Milliarden Euro zur Verfügung. NANODIODE ist ein koordiniertes Programm, das EU-weit Partner aus Wissenschaft, Industrie, Zivilgesellschaft, Bildung und Kommunikation vernetzt. Ziel des Projekts sind unter anderem die Entwicklung neuer Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit und der Dialog über Nanotechnologie sowie gezielte fachliche, Aus- und Fortbildung im Bereich der Nanotechnologie. *umwelt aktuell*, Oktober 2013, S. 9, www.nanodiode.eu

Zahlreiche Regelverstösse

Zwei Drittel der Firmen, die in der EU kontrolliert wurden, halten geltende Vorschriften zur Chemikaliensicherheit nicht ein. Dies ergab ein Bericht der EU-Chemikalienagentur ECHA. Überprüft wurde die Einhaltung der EU-Verordnung zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien (CLP-VO) von Mai 2011 bis März 2012. Der Grossteil der Rechtsverletzungen wurden mündlich oder schriftlich angemahnt, Geldbussen wurden kaum verhängt. *Umwelt aktuell*, Oktober 2013, S. 9 www.echa.europa.eu/documents/10162/13577/forum_report_ref2_en.pdf

Ganz schön dicke Luft

90 Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner europäischer Grossstädte sind gefährlichen Luftschadstoffen ausgesetzt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA).

Der EEA-Bericht zeigt auf, dass zwischen 2009 und 2011 96 Prozent der Stadtbevölkerung Feinstaubbelastungen ausgesetzt waren, die von der Weltgesundheitsorganisation WHO als gesundheitsschädlich eingestuft werden. 98 Prozent der Grossstädter waren von überhöhten Ozonwerten betroffen. Aber auch in ländlichen Regionen konnte die EEA hohe Schadstoffbelastungen der Luft messen. Schuld an der schlechten Luftqualität sind vor allem Autoabgase sowie Emissionen von Industrie und Landwirtschaft.

Zahlreiche Umweltverbände appellierten am Dienstag an EU-Kommission und nationale Regierungen, gegen die hohe Luftverschmutzung vorzugehen und die bestehenden Grenzwerte zu verschärfen. „Luftverschmutzung ist keineswegs nur ein Problem asiatischer Megacities. Richtig durchzuatmen fällt auch europäischen Grossstädtern schwer. Die schlechte Luft verursacht Krankheiten, deren Behandlung in Europa jährlich einen volkswirtschaftlichen Schaden von bis zu 790 Milliarden Euro verursacht“, erklärte der Bundesgeschäftsführer des Deutschen NABU Leif Miller. Die Referentin für Luftqualität und Industrieemissionen des Europäischen Umweltbüros (EEB) Louise Duprez sagte, die EEA-Zahlen seien noch weit aus gravierender, wenn man bedenke, dass nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auch bei Luftschadstoffbelastungen unter den WHO-Grenzwerten dramatische Gesundheitsschäden entstehen können.

Im Rahmen der Vorstellung des EEA-Berichts kündigte EU-Umweltkommissar Janez Potoènik an, im Dezember ein EU-

Gesetzespaket zur Revision der Luftreinhaltepolitik vorstellen zu wollen. Schon jetzt versprach er neue Emissionsgrenzwerte bis 2020 und weitere Massnahmen bis 2030. „Nach dem grandiosen Scheitern eines Greening der EU-Agrarpolitik ist es jetzt wichtig, dass die EU Luftschadstoffemissionen konsequent bekämpft – insbesondere auch in der Landwirtschaft“, kommentierte Pieter de Pous, Policy-Direktor des EEB. *umwelt aktuell*, November 2013, S. 10, <http://www.eea.europa.eu/media/newsreleases/air-pollution-still-causing-harm>;

Moderne Technologie gegen „illegale“ Migration

Das EU-Parlament hat am 10. Oktober 2013 in Strassburg den Betriebsvorschriften für das elektronische Grenzüberwachungssystem Eurosur mit 479 zu 101 Stimmen bei 20 Enthaltungen klar zugestimmt. Da damit eine politische Einigung zwischen dem Parlament und dem Ministerrat erzielt worden ist, steht der gestaffelten Einführung des Systems ab Anfang Dezember 2013 nichts mehr im Weg. Die Tragödie vor der Mittelmeerinsel Lampedusa hat Eurosur ungeahnte Aktualität verliehen. Da das seit längerem geplante System dank dem Einsatz von Überwachungstechnologie die „illegale“ Einwanderung bekämpfen, aber auch eine frühere Erkennung und Rettung von in Not geratenen Flüchtlingsschiffen ermöglichen soll, stiess es im EU-Parlament auf breite Zustimmung: die Ursachen der Dramen sollen verschärft und die schlechte Presse durch „Hilfe“ vermieden werden.

Die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström begrüsst den Beschluss des Parlaments und erklärte, das System reihe sich in die Bemühungen der EU ein, Tragödien wie vor Lampedusa zu verhindern. Konkret zielt Eurosur auf die Einrichtung nationaler Koordinationszentren ab, in denen Informationen der Polizei sowie der Grenz- und Küstenwachen zusammenfliessen. Die Zentren sollen ihrerseits mit der europäischen Grenzschutzagentur Frontex zusammenarbeiten. Zum Einsatz kommen zunächst im Mittelmeer auch Aufklärungsdrohnen, Satelliten oder Hightech-Radargeräte. Die gesammelten Daten sollen über ein Kommunikationsnetz in Echtzeit zu einem gemeinsamen Informationsbild des EU-Grenzgebietes zusammengeführt werden. Die EU-Kommission schätzt die Kosten bis 2020 auf 244 Millionen Euro.

Gegen Eurosur sind auch kritische Stimmen laut geworden. Zwar müssen bei der Verwendung des Systems völkerrechtliche Normen wie das Non-Refoulement-Gebot oder auch Datenschutzbestimmungen eingehalten werden. Dennoch befürchten Menschenrechts-Kreise, der Einsatz von Überwachungstechnologien und die Vernetzung der Daten schaffe die Voraussetzungen für einen europäischen Überwachungsstaat. Andere Kritiker sehen in Eurosur die Fortsetzung einer repressiven EU-Flüchtlingspolitik, die Migranten in die Arme der Schlepper treibe und dazu zwingt, bei der illegalen Einreise immer höhere Risiken einzugehen. Diese Bedenken widerspiegelten sich in einem Änderungsantrag der Grünen, welche die Rettung von Flüchtlingen ausdrücklich als Ziel von Eurosur festschreiben wollten. Das EU-Parlament lehnte den Antrag ab. *NZZ*, 11. Oktober 2013, S. 1



Après le congrès de St. Imier en août 2012. Quelques réflexions au sujet de l'anarchisme. Peut-on établir une relation entre les idées de l'anarchisme, la question de l'Union Européenne et la démocratie directe?

Les idées principales de l'anarchisme et la critique de l'Union Européenne

L'anarchisme – il faudrait plutôt parler d'anarchismes au pluriel – incarne l'idéal d'une vie sans gouvernement ni domination : aucun homme ne doit dominer un autre homme. Reste toutefois à débattre d'un point de vue anarchiste ce que signifie „gouverner“ et quel degré d'organisation de la société est acceptable. Le grand public, de son côté, identifie généralement l'anarchisme au rejet de tout ordre sociétal ou même au terrorisme. Si, historiquement parlant, les anarchistes portent en partie eux-mêmes la responsabilité de ces préjugés, l'anarchisme fut aussi victime d'une propagande négative comme d'ailleurs la démocratie – du moins avant la Révolution Française (voir l'article <http://fr.wikipedia.org/wiki/Anarchisme>).

de Chris Zumbrunn

Jusqu'au 18^{ème} siècle la démocratie était considérée comme le pouvoir „incontrôlé“ du peuple ; elle était plus ou moins équivalente à l'idée qu'on se fera plus tard au 20^{ème} siècle de l'„anarchisme“. Aujourd'hui, une démocratie moderne désigne généralement la démocratie représentative caractérisée par des élections parlementaires et parfois gouvernementales tandis que la démocratie directe est souvent perçue comme un idéal utopique. Par rapport à la monarchie et à la dictature, la démocratie comme l'anarchisme sont fondés sur l'idée que la population doit avoir le droit d'organiser son mode de vie. L'anarchisme va tout simplement plus loin dans son exigence d'un droit à l'autogestion et dans la protection des libertés individuelles de l'ensemble de la population comme de ses minorités.

Une société sans domination

Examinons d'abord ce que les anarchistes entendent lorsqu'ils demandent l'abolition de toute forme de domination. Les sociologues et les politologues ne sont en général pas en mesure de donner une définition utilisable de « domination » dans la pratique. Une telle définition est cependant nécessaire si l'on veut entamer une discussion utile sur le sujet. Peut-on par exemple parler de „domination“ lorsque des décisions, prises de façon démocratique et dans un souci de compromis vis-à-vis de la minorité, se réalisent contre la volonté de quelques personnes ? Admettons que la société ne puisse s'organiser sans décisions qui visent la satisfaction des besoins fondamentaux et une vie en sécurité et que la définition de « domination » implique ce type de décisions. L'exigence fondamentale des anarchistes serait évidemment inacceptable. Les discussions entre les différents courants anarchistes tournent donc souvent autour de la question de savoir quelle dose de „gouvernement“ nécessite l'organisation raisonnable de la société. Toutefois, même si l'on ne souscrit pas au rejet de toute forme de „gouvernement“, on souhaite réduire le „gouvernement“ au minimum nécessaire.

Coopération libre entre individus libres?

L'idée de la collaboration sans coercition entre les hommes est souvent appelée „coopération libre entre individus libres“.

Que veut dire „coopération libre“ ? S'agit-il encore de coopération libre lorsqu'il y a obligation – en accord avec la volonté d'une majorité – de contribuer au bien public, par exemple lorsqu'il s'agit de créer des écoles, des routes, ou des réseaux ferroviaires? Dans les milieux anarchistes, on est souvent d'avis que chacun doit coopérer avec les autres pour le bien public mais que la coopération volontaire doit suffire sans que la coercition ne devienne nécessaire. Une telle coopération est tout à fait possible comme on peut le voir dans les pratiques en usage dans le développement des spécifications techniques d'Internet ou des logiciels „Open Source“ ; on produit ainsi des biens publics dans le cadre d'une structure de coopération de type anarchiste. Espérons que les expériences fructueuses faites dans ce domaine depuis une quarantaine d'années pourront être appliquées dans d'autres domaines de la société. Le postulat de la coopération libre entre des individus libres appliqué dans le plus grand nombre possible de domaines de la vie de la société semble donc souhaitable. Il faudrait y ajouter le postulat que la coercition n'est acceptable que dans les domaines où la coopération libre ne joue pas, si elle se révèle absolument nécessaire pour une production de biens publics souhaités par une majorité et légitimée par voie démocratique.

Rejet de l'État

Un autre postulat important de l'anarchisme – et en même temps celui qui provoque la plus grande incompréhension en général – c'est le rejet de l'État. Des États nationaux investis, dans un territoire délimité et accepté par la communauté



internationale, de la souveraineté de la gestion des affaires publiques dominant toujours le monde actuel. Typiquement,



l'Etat dispose d'une capitale à partir de laquelle le pays et la population sont administrés de façon plus ou moins centralisée. C'est cette autorité d'Etat que les anarchistes rejettent et aimeraient remplacer par une autogestion décentralisée des territoires. Des structures quasi étatiques qui se forment à partir d'une coopération impliquant des entités de plus en plus grandes sont tout à fait acceptées par la plupart des gens proches du milieu anarchiste car ils ne considèrent pas de telles structures comme des „États“. Lorsqu'ils parlent de „rejet de l'Etat“, ils souhaitent avant tout une application conséquente du principe de subsidiarité. Une remarque critique s'impose ici : les structures quasi étatiques émanant de la coopération libre ne sont pas toujours en mesure de garantir la paix, pas plus d'ailleurs, comme le montre l'histoire, que les grands États territoriaux. Il faudrait donc plutôt réfléchir à un modèle d'organisation qui, tout en maintenant les États actuels, pourrait les contenir efficacement par un tissage de liens verticaux et horizontaux entre les différentes entités territoriales (communes, régions, États, organismes internationaux). Ce modèle aurait l'avantage de maintenir la compétence à distribuer les compétences décisionnaires – une compétence qui serait sous contrôle démocratique – dans le giron des États existants, permettant d'éviter ainsi des luttes permanentes autour de ces compétences de décision.

La propriété privée équivaut à du vol

« La propriété, c'est le vol ». On doit cette autre idée clef de la tradition anarchiste à Pierre-Joseph Proudhon (1809 - 1865). Il s'agit ici de propriété des moyens de production : quand les hommes doivent travailler pour de l'argent, ils s'exposent considérablement à la domination des propriétaires des moyens de production ou de leurs administrateurs. Celui qui



résiste perd ainsi son travail et la pression est d'autant plus grande quand le travail est rare et qu'il existe peu d'alternatives sachant qu'il s'agit de la base matérielle de subsistance. C'est pourquoi les anarchistes ont traditionnellement demandé que les moyens de production appartiennent à la collectivité – sans trop définir ce que cela veut dire concrètement. Il serait raisonnable de postuler que cela veut dire que les moyens de production doivent être gérés de façon démocratique. Ceci pourrait être mis en œuvre par des coopératives où chaque nouveau collaborateur devient automatiquement membre de la coopérative et perd ce statut lorsqu'il la quitte. Les structures associatives pourraient également correspondre à ces postulats.

Il est plus difficile de trouver des formes d'organisation efficaces de l'économie dans sa globalité. Comment réguler

les relations entre les différents collectifs? Traditionnellement les anarchistes ont préconisé d'organiser ces relations dans le cadre de réseaux contrôlés à leur tour par les collectifs eux-mêmes – on arriverait ainsi à une sorte de « République des collectifs » - système proche de la Commune de Paris.

De facto, ces idées conduisent malheureusement à une hiérarchisation et une bureaucratisation de la société. La plupart des gens n'ont ni le temps ni l'envie de passer leur temps dans des réunions interminables et ils ont donc tendance à déléguer leurs compétences à des gestionnaires, ce qui est vrai surtout en ce qui concerne les relations entre différents collectifs. Ainsi s'installe automatiquement un déséquilibre du savoir entre les individus qui entraîne à son tour un déséquilibre du pouvoir. Sans une organisation relativement indépendante de ces réseaux économiques – ce qui revient à l'existence d'un „Etat“ – dont la vocation consiste à garantir certains droits fondamentaux de l'individu, on peut très vite aboutir à des situations de pouvoir abusif contraires à l'idée „d'absence de domination“. Le principe de la société sans Etat peut alors mettre en danger les libertés des individus. La domination des uns par les autres est sans doute liée quelque part à la domination des moyens de production par une minorité. Mais on ne peut pas conclure que cette domination soit simplement résorbée par un collectivisme généralisé.

Une alternative pour régler les relations entre les collectifs consisterait à créer un marché. Mais dans cette hypothèse également, une régulation par une structure étatique serait nécessaire, faute de quoi des monopoles ou oligopoles s'installeraient très vite – à nouveau contraires à l'idée fondamentale d'absence de „gouvernement et de domination“. Et il ne serait pas sûr que tous les individus puissent trouver leur place dans un collectif. C'est pour cette raison que de nombreux anarchistes ne croient pas que l'Etat doive se dissoudre complètement dans des collectifs autogérés. Proudhon préconise des fédérations de collectivités locales sans Etat central, ce qui revient à préconiser des États de petite échelle.

Dans une économie de marché qui satisferait aux postulats anarchistes, la création de valeurs stimulée par des crédits et la recherche d'une croissance à tout prix devrait être remplacée par une création de valeurs basée sur des critères de stimulation de l'activité économique ciblés et légitimés démocratiquement.

Ni Dieu, ni maître

Plus important que les formes d'organisation préconisées pour la société par l'anarchisme est son attitude égalitaire et sa perception critique du pouvoir, couplée avec l'idée de coopération sans coercition. Une telle attitude nous semble nécessaire pour l'existence durable d'une démocratie qui soit réelle et ne reste pas simplement formelle, et pour un Etat qui soit au service de la population. On peut ainsi formuler quelques principes qui nous semblent importants pour une politique adaptée à notre époque :

- Les structures de l'Etat doivent correspondre à la volonté d'une majorité la plus grande possible de la population qui y vit.
- Il est souhaitable que la population soit consciente du fait



25 Jahre Europapolitik der Schweizer Grünen

Auf dem Weg zu den Wurzeln

Als am Abstimmungsabend des 6. Dezembers 1992 das knappe Volks-Nein zum EWR mit einem Unterschied von 23'836 Stimmen – die Vorlage wäre so oder so vom Ständemehr abgelehnt worden – feststand, war klar: den Ausschlag für das Volksmehr hatten die Grünen gegeben. Dieser Erfolg löste bei einem Teil der führenden VertreterInnen der Grünen einen eigentlichen „Schock“ aus. Im Nachhinein wurde versucht, die Haltung der Grünen umzuinterpretieren. Bereits 10 Tage nach der Abstimmung forderten die Grünen an einer Pressekonferenz „sofortige EG-Beitrittsverhandlungen“. Das Nein zum EWR sei in Wirklichkeit ein Ja zum EU-Beitritt gewesen. Die NZZ betitelte den diesbezüglichen Bericht berechtigt mit „Integrationspolitische Purzelbäume“.¹⁾

Von Luzius Theiler

In der Tat hält die grüne Nach-EWR-„Korrektur“ der Parteigeschichte den historischen Tatsachen nicht Stand. In einem Papier unter dem Titel „Ja zu Europa heisst Nein zum EG-Binnenmarkt“ bezogen die Schweizer Grünen 1989 zum ersten Mal Stellung zum Verhältnis mit der EG, der späteren EU, und skizzierten eine grüne Europapolitik. Das Papier steht ganz im Zeichen einer Erklärung, die einige Monate vor dem Fall der Berliner Mauer von den europäischen Grünen abgefasst wurde: Die „Gemeinsamen Europa-Erklärung der Grünen in Europa“ bekennt sich zu einem „Europa der autonomen Regionen“. Die Opposition der Grünen Parteien ausserhalb der EG gegen einen EG-Beitritt ihre Länder wird unterstützt. Eine „Gemeinsamen Erklärung der Grünen Parteien der neutralen und EFTA-Staaten (Schweiz, Schweden, Finnland Österreich, Schweiz)“ hält u.a. fest, „dass wir unbedingt gegen jede Vergrösserung der EG sind“, jedoch „eine engere Zusammenarbeit mit Umwelt-, Friedens- und anderen demokratischen Bewegungen in Osteuropa anstreben und klar feststellen, dass auch deren Länder zu Europa gehören und Europa ohne diese unvollständig wäre“. Damit war zu einem

frühen Zeitpunkt die solidarische Alternative zur Abschottungspolitik eines EU-Grosseuropas der reichen Nationen abgesteckt.

Im „Politischen Jahrbuch der Schweiz“ von 1991 wird diese Politik weiterhin vertreten: „Die GP forderte auch einen Abbruch der EWR-Verhandlungen und kündigte Widerstand gegen ein eventuelles EG-Beitritts-gesuch an“. Anzumerken bleibt allerdings, dass diese Haltung nicht von allen Grünen in der Romandie mitgetragen wurde.²⁾ Im Original liest sich die Haltung der Grünen zur EU (der damaligen EG) – in der von der Delegiertenversammlung am 4. Mai 1991 gutgeheissenen und formell noch heute gültigen Programmplattform – wie folgt: „Eine europäische Einigung nach dem heutigen Modell der EG und die Schaffung eines Einheitsraums mit unbeschränktem Wachstum des Personen-, Waren- Kapital- und Dienstleistungsverkehrs widerspricht diesen Grundsätzen. Die heute die EG dominierende zentralistische und rein wirtschaftlich ausgerichtete Politik ist in ihrem Wesen lebensfeindlich und antiökologisch. Sie führt zu einer Vergrösserung des Gefälles zwischen reichen und armen Ländern, zu einer

¹⁾ NZZ, 16. Dezember 1992

²⁾ http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/die_gruenen/partei/geschichte_gps_uni_bern/Geschichte%20der%20GPS%20-%20Universit%C3%A4t%20Bern.pdf

suite de la page 16

que les structures étatiques ne peuvent remplir leur rôle correctement que si beaucoup de gens conservent une attitude fondamentalement critique vis-à-vis de ce même État. L'appareil de l'État doit être observé de façon critique et sa vocation comme étant au service de la population est à rappeler sans cesse. Toute tendance autoritaire est à combattre. L'utilisation des moyens de l'État doit être contrôlée par la population non seulement par voie parlementaire mais directement.

- Les centres de décision doivent être situés au niveau le plus proche de la population concernée afin que celle-ci puisse avoir une influence réelle.
- Lorsqu'il faut déléguer des compétences il faut que celles-ci restent le plus rapprochées possible, géographiquement et socialement.
- Le principe d' „absence de gouvernement“ est à reconnaître comme valable dans la mesure du possible. Les minorités sont à respecter.

- Dans la mesure du possible, les biens publics doivent être produits par coopération libre et volontaire. La coopération peut être imposée seulement lorsque elle est nécessaire pour la production de bien publics voulus par la majorité et adoptée de façon démocratique.
- L'identification des individus avec l'État ne doit pas être encouragée. A l'inverse, l'État devrait être perçu comme un instrument au service de la population. Chacun doit contribuer par engagement personnel et coopération volontaire à ce que la distance à l'État reste la plus petite possible et que les structures de l'État puissent être réduites à un minimum.

Il devient ainsi clair en quoi les idées anarchistes sont pertinentes dans la discussion actuelle sur l'intégration européenne. Ces idées constituent un véritable outil critique face à la tendance dominante actuelle de déplacer les compétences vers des instances toujours supérieures qui ne sont pas contrôlables démocratiquement ou dont le contrôle démocratique est devenu purement formel. ■



noch grösseren Verschwendung unserer Ressourcen und zu einer Zerstörung unserer Lebensgrundlagen. Sie steht damit im Widerspruch zu den Regeln unseres Ökosystems⁽³⁾

Kurswechsel über Nacht

Über die Gründe und Hintergründe des praktisch „über Nacht“ erfolgten Kurswechsels der Grünen in der Woche nach der EWR-Abstimmung lässt sich nur mutmassen. Der Schreibende kann sich erinnern, dass von führenden Exponenten der Partei schon Tage vor der Abstimmung Signale der „inneren Kündigung“ des Engagements gegen den EWR-Vertrag kamen. Vordergründiges Hauptmotiv war, dass sich die Grünen verschiedentlich den Vorwurf anhören mussten, „Steigbügelhalter der SVP zum grössten Triumph ihrer Geschichte“ zu sein⁽⁴⁾. Dazu gesellte sich ein gewisser Gruppendruck: Wie Untersuchungen belegen, ist die grüne Durchschnittswählerschaft „gut gebildet“, oft mit akademischen Weihen und mittlerem bis hohem Einkommen ausgestattet⁽⁵⁾. Dies gilt vor allem auch für die Exponenten der Partei. Im aufstiegsorientierten, „urbanen“ Milieu galten damals EU-Skeptiker oft als „hinterwälderisch“. Allerdings ist festzuhalten, dass in den späten 90er-Jahren die grosse Mehrheit der Stadtzürcher Grünen zu den heftigsten Kritiker der EU-Anpassung gehörte.

Alpeninitiative auf dem Altar der EU geopfert

Die Alpeninitiative, die eine verbindliche Beschränkung des alpenüberquerenden Verkehrs von Grenze zu Grenze verlangte⁽⁶⁾ wurde mit tatkräftiger Mithilfe der Grünen lanciert und 1994 gewonnen. 1991 lancierten die Grünen ein Referendum gegen den Bau zweier NEAT-Röhren in weiser Voraussicht, dass damit eine wirtschaftlich unnötige und ökologisch unsinnige Transportflut kreuz und quer durch Europa gefördert und damit der alpenquerende Güterverkehr nicht verlagert, sondern gesamthaft ausgeweitet würde, was sich später bestätigt hat. Mit der Zustimmung der Mehrheit der Grünen zum Landverkehrsabkommen mit der EU im Jahre 2000 – eine Minderheit sammelte im Rahmen eines grün-linken Referendumskomitees Unterschriften gegen das Abkommen – gaben die Grünen die verfassungsmässigen Verlagerungsziele zugunsten einer EU-Annäherung auf, da das Abkommen der EU im Rahmen der Bilateralen I freien Marktzugang zum Strassenverkehr in der Schweiz garantierte. In diesem Zusammenhang sei eine kleine Randbemerkung erlaubt: Als an der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz vom 24 August dieses Jahres in Visp in einer Resolution gefordert wurde, das

in der Verfassung verankerte Verlagerungsziel im alpenüberquerenden Güterverkehr müsse „ohne Abstriche“ umgesetzt werden, erlaubte sich der Schreibende in der Diskussion darauf hinzuweisen, dass das nicht ohne Neuverhandlung des Landverkehrsabkommens mit der EU möglich sei.

EU-Begeisterung zum Ende des Jahrtausends

Unter dem Einfluss des damals neuen Präsidenten Ruedi Baumann bestätigte 1998 die Delegiertenversammlung der GPS in ihrem 2. Positionspapier zu „Europa“ ihre Kehrtwendung in der Europapolitik: „Die Schweizer Grünen stehen der europäischen Integration positiv gegenüber. (...) Die Mehrheit der Schweizer wünscht sich einen baldigen Beitritt unseres Landes zur Europäischen Union“. Folgerichtig beschloss der Vorstand der GPS – die DV wurde gar nicht erst bemüht – mit 15 Stimmen gegen (m)eine und bei einer Enthaltung – die Ja-Parole zur Volksinitiative „Ja zu Europa“. Diese wurde am 4. März 2001 mit einer Mehrheit von 76,8 % abgelehnt. Die Hypothese, dass auch eine deutliche Mehrheit der grünen WählerInnen Nein gestimmt haben, liess sich leider nicht verifizieren, da das Longchamp-Institut die Herausgabe der Wahlanalyse bezüglich der grünen Wählerschaft „aus statistischen Gründen“ verweigerte.

Zur nächsten Diskussion mit EU-politischer Dimension kam es 2004 bei der Abstimmung über das Schengen-Dublin-Abkommen – Bestandteil der Bilateralen II. Die Parteileitung empfahl ein Ja u. a. mit folgender Begründung: „Mit diesen beiden Abkommen betritt die Schweiz ein Stück der EU durch eine eher unschöne Hintertüre. (...) Eine Ablehnung dieser Abkommen macht aber wenig Sinn, da sie eben auch Teil der EU-Politik sind“. Die Diskussion innerhalb der Grünen drehte sich hauptsächlich um die Verstärkung der polizeilichen Überwachungsmöglichkeiten im Schengenraum und um die damit verbundenen migrationspolitische Fragen (Stärkung der „Festung Europa“). Das mehrheitliche Ja der Grünen

²⁾ http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/die_gruenen/partei/geschichte_gps_uni_bern/Geschichte%20der%20GPS%20-%20Universit%C3%A4t%20Bern.pdf

³⁾ http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/gruene_programme/wahlprogramme/programmplattform91/1991_programmplattform_d.pdf

⁴⁾ Matthias Baer und Werner Seitz (Hrsg.), *Die Grünen in der Schweiz*, Zürich, Rüegger-Verlag, 2008, S. 26

⁵⁾ Adrian Vatter und Isabelle Stadelmann Steffen in *Die Grünen in der Schweiz*, S. 55ff

⁶⁾ Daraus wurde dann allerdings eine bisher nicht eingehaltene Beschränkung auf 650'000 Lastwagen.

wurde schliesslich wesentlich vom Engagement der Schweizerischen Flüchtlingshilfe beeinflusst, welche das Abkommen zum damaligen Zeitpunkt als notwendigen Schritt betrachtete, „um die Repressionsspirale im Asylbereich aufzuhalten“ – was sich schon bald als Illusion erwies.

EU-Dämmerung: Konfrontation mit der realexistierenden „Festung Europa“

Mit Schengen wurden die Grünen in einem Kernanliegen mit der „realexistierenden EU“ konfrontiert, was die Zweifel an



der Kombination von Integration im Innern und Abschottung gegen aussen nährte. Spätestens mit „Frontex“ erodierte bei manchen Grünen das Bild von der EU als einer „weltoffenen Gemeinschaft“. 2006 korrigierten die Grünen ihr bedingungsloses „Ja zur EU“ von 1998 mit einem neuen 3. Positionspapier mit dem vielsagenden Titel „Ja zu einem EU Beitritt – aber nicht um jeden Preis“⁷⁾ „Ein EU Beitritt ist für die Schweiz auch mit einigen Schwierigkeiten und Nachteilen verbunden. Es gibt Bereiche, die in der Schweiz sensibel sind oder wo die Handhabung hierzulande weitaus fortschrittlicher ist, als diejenige der EU. Auch direktdemokratische Errungenschaften wollen die Grünen bei einem EU-Beitritt nicht einfach preisgeben. Im Gegenteil. Diese Bereiche gilt es über einen Beitritt hinaus verbindlich zu schützen. Die Grünen stellen in diesem Sinne Bedingungen an einen Schweizer EU-Beitritt“. In der Folge wird im Papier das Wunschbild einer grünen, demokratischen und sozialen „Ideal-EU“ gezeichnet, welcher die Grünen gerne beitreten möchten. Da die EU kaum geneigt sein wird, sich wegen eines schweizerischen EU-Beitritts grundlegend zu ändern, kommt dem Positionspapier eher der Stellenwert eines Wunschzettels zu.

Ein letztes Mal flackerte die EU-Diskussion 2009 bei der „Cassis de Dijon“-Vorlage auf, die von der grossen Mehrheit der Grünen im Parlament abgelehnt wurde. Als dann aber eher überraschend welsche Bauern das Referendum ergriffen, zauderte die Parteileitung. Nach heftigen Diskussionen innerhalb der Partei sprach sich schliesslich die Mehrheit der Kantonalsektionen – zu spät für die Sicherung der nötigen Unterschriftenzahl – für die Unterstützung des Referendums aus. Im Argumentarium der Parteileitung wird die EU-Frage thematisiert: „Die Skepsis der Grünen gegenüber dem Cassis-de-Dijon-Prinzip hat nichts mit einer EU-feindlichen Haltung zu tun. Die Grünen kämpfen seit 15 Jahren für einen EU-Beitritt. Wäre die Schweiz EU-Mitglied, könnte sie als solches für eine differenzierte Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips kämpfen. Sie könnte sich für das Recht jedes Landes stark machen, den eigenen Markt vor ökologischem und sozialem Dumping zu schützen. Doch solange sie nicht Mitglied ist, gibt es keinen Grund, sich einer Regelung zu beugen, die der Umwelt und der Gesellschaft schaden“.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass die in den 90iger Jahren eher EU-freundlichen welschen Grünen in konkreten Sachfragen später, etwa bei der „Cassis de Dijon“-Vorlage oder in der Agrarpolitik, pointiert freihandelskritische Positionen vertraten und vertreteten. Zuletzt sprachen sich etwa die Genfer Grünen für das Referendum gegen die Agrarpolitik 2014-17 aus. Einhellig gestützt haben die Schweizer Grünen immer die Personenfreizügigkeit als Grundrecht – im Unterschied zur SP, die bei jeder Erweiterung mit Widerstand drohte. Lakonisch bemerkt dazu der Historiker und frühere grüne Nationalrat Jo Lang: „Ein Teil der SP, die noch in den 90er Jahren einem sakralen Europaeismus huldigte, fällt heute einem profanen Nationalismus heim“.

Seit der Verabschiedung des heute noch gültigen und auf der Home-Page der Grünen publizierten Positionspapier von

⁷⁾<http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/internationales/europapolitik/europa/Europa.pdf>

2006⁸⁾, das sowohl Befürworter wie Gegner eines EU-Beitritts für sich in Anspruch nehmen konnten und können, ist der EU-Beitritt bei den Schweizer Grünen kein Thema mehr. Vor den nationalen Wahlen gibt die EU-Lobbyorganisation „Neue Europäischen Bewegung“ (Nebs) jeweils eine Wahlempfehlung („Label Europa“) heraus. 2011 hat nur noch knapp die Hälfte der in die Bundesversammlung gewählten Grünen die zahnlos abgefasste „Deklaration“, die nicht etwa ein Bekenntnis zum EU-Beitritt, sondern nur die Bereitschaft zur Mitgestaltung eines Prozesses verlangte, „der eine EU-Mitgliedschaft zu vorteilhaften Bedingungen ermöglicht“. Prominente Grüne wie die beiden heutigen Ko-Präsidentinnen Regula Rytz und Adèle Thorens, die alten und neuen Fraktionspräsidenten Antonio Hodgers und Balthasar Glättli, Maja Graf, die Nationalratspräsidentin von 2013 und die EU-skeptischen Nationalräte Daniel Vischer und Geri Müller fehlen auf der Liste.⁹⁾

„Lebensmittelinitiative“ gegen den EU-Freihandel

Zum angestrebten Agrarfreihandelsabkommen mit der EU, das vom Ständerat gestoppt wurde, schrieben die Grünen 2012 in einer Medienmitteilung unter dem Titel „Qualität für Lebensmittel statt EU-Freihandel“ u.a.: „Nahrung ist lebensnotwendig und kann nicht mit anderen Waren gleichgestellt werden. Deshalb darf sie nicht nur den Regeln des Freihandels unterworfen werden. Vielmehr soll die lokale Produktion Vorrang haben – in der Schweiz und anderswo. Denn Landwirtschaft in der Nähe verheisst frische und sichere Nahrungsmittel“. Wie wahr aber wohl kaum EU-konform!¹⁰⁾

In diesem Sinne werden die Grünen Schweiz am 25. Januar 2014 eine „Initiative für ökologische und faire Lebensmittel“ lancieren. Im Kern geht es darum, dass in der Schweiz nur importierte Lebensmittel verkauft werden dürfen, die den Qualitätsstandards und Produktionsvorschriften für einheimische Lebensmittel entsprechen. „Cassis de Dijon“ würde damit für Lebensmittel wegfallen. Obwohl die Zielrichtung der Initiative dem EU-Freihandelsprinzip widerspricht, spielte in den internen Diskussionen um die Formulierung des Initiativtextes das Verhältnis zur EU keine Rolle. Sollte allerdings die gegenwärtig in Geheimgesprächen zwischen den USA und



⁸⁾ <http://www.gruene.ch/web/dms/gruene/doc/positionen/internationales/europapolitik/europa/Europa.pdf>

⁹⁾ <http://www.europa.ch/index.asp?page=wahlen>

¹⁰⁾ <http://www.gruene.ch/web/gruene/de/positionen/internationales/europapolitik/medienmitteilungen/agrarfreihandel.html>



der EU – in die Verhandlungen sind nur die 600 grössten Konzerne einbezogen! – diskutierte Transatlantische Freihandelszone (Transatlantic Free Trade Area, Tafta) einer Realisierung näher kommen, würde die Lebensmittelinitiative unerwartet schnell europapolitisch brisant. Denn mit der „Wirtschafts-Nato“ wie sie bereits betitelt wird, sollen den Staaten bis hinunter zu den Gemeinden alle „handelshemmenden“ Vorschriften zur Qualität und Produktionsweise von Produkten verboten werden.¹¹⁾

¹¹⁾ <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2013/11/08/a0003.text>

Kurzinfos

Ein Europa voller Gräben und Klüfte

Wachsende Arbeitslosigkeit, sich ausweitende Armut, steigende Staatsschulden: Die Schadensbilanz fünf Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise in Europa. Lesenswerte Artikel der WoZ vom 27. Juni 2013, <http://www.woz.ch/1326/wirtschaftskrise/ein-europa-voller-graeben-und-kluefte>

Die vier Krisen des Euro

Artikel im Le Monde diplomatique von Ulrike Herrmann – sehr lesenswert. Zu finden unter <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2013/09/13.mondeText1.artikel,a0004.idx,0>

SP-Basis würde Nein zu EU-Beitritt sagen

In einem Gespräch mit der SonntagsZeitung entpuppt sich SP-Ständerätin Anita Fetz als EU-kritisch. „Ich will der EU heute nicht beitreten, denn sie ist ein neoliberales Projekt geworden“. Bis vor gut fünf Jahren sei der Beitritt der Schweiz zur EU eine Option gewesen. Doch seit 2008 sei es eine andere EU. „Das ist nur noch ein merkelsches Sparprojekt auf Kosten der Menschen in Südeuropa“. Das EU-Management der Finanzkrise sei haarsträubend. „Es bräuchte wieder nationale Währungen und den Euro nur noch als Leitwährung“. Auch wenn die SP in ihrem Parteiprogramm den EU-Beitritt anstrebe, ist für Fetz klar: „Die SP-Basis würde aktuell Nein sagen zum EU-Beitritt“. Sonntagszeitung, 1. September 2013, S. 17.

EU-Abkommen stellt die «Flankierenden» infrage

Im August 2013 hat der Bundesrat ein Verhandlungsmandat für ein institutionelles Abkommen mit der EU in die Konsultation gegeben. «Es wird sichergestellt, dass die Schweiz die flankierenden Massnahmen im Rahmen der Personenfreizügigkeit beibehalten kann», hielt er dabei schriftlich fest.

Für die EU wiederum sind einzelne dieser flankierenden Massnahmen ein Ärgernis und der Beweis, dass die Schweiz das übernommene EU-Recht nicht gleich umsetzt und auslegt wie die Mitgliedstaaten. Deshalb brauche es ein Rahmenabkommen und übergeordnete Institutionen, die Streitfragen verbindlich klären würden. Bern und Brüssel wollen ab Dezember 2013 über eine solche Lösung verhandeln, oberste Gerichtsinstanz soll der EuGH werden.

Die Sicherung der bestehenden Schutzmassnahmen wird vor diesem Hintergrund keine triviale Aufgabe sein. Die

Die Schweizer Grünen könnten bald wieder vor einer ähnlichen Entscheidung wie vor 25 Jahren stehen: Anpassung an einen zentralistischen Grossraum, dessen erklärtes Ziel aus unbeschränktem Wachstum besteht, oder Verteidigung der demokratischen Selbstbestimmung und der lokalen Produktion. ■



Regelungen, die direkt mit der Personenfreizügigkeit in Zusammenhang stehen, sind aber überschaubar und von anderen Arbeitnehmerschutzbestimmungen im EU-Recht gesondert zu betrachten. Im Wesentlichen handelt es sich um die achttägige Meldefrist für entsandte Arbeitnehmer zwecks Durchsetzung der Lohn- und Arbeitsbestimmungen sowie um eine Kautionspflicht für gewisse Dienstleistungserbringer. Die EU hält diese Regelungen für diskriminierend; sie würden gegen die Dienstleistungsfreiheit verstossen. Mangels übergeordneten Gerichts wurde diese Frage nie definitiv entschieden.

Grundsätzlich gibt es zwei Wege, um die flankierenden Massnahmen zu «zementieren»: Bern könnte versuchen, den Besitzstand an flankierenden Massnahmen als bilaterale Sonderlösung vertraglich zu regeln. Oder man könnte gewisse Massnahmen so modifizieren, dass sie nicht mit dem EU-Recht in Konflikt kommen. Denkbar ist auch eine Kombination beider Strategien. Der Bundesrat geht davon aus, dass er die entscheidenden EU-Rechtsakte (Entsenderichtlinie) weiterhin mit einem gewissen Spielraum, d. h. mit gleichwertigen Massnahmen, umsetzen kann.

Für die Basler Europarechts-Professorin Christa Tobler ist ein Bestandsschutz für alle bestehenden Massnahmen «technisch kaum machbar, und zwar nur schon, weil verschiedene Massnahmen unter unterschiedliche Vorschriften fallen». Eine rechtlich greifbare Kategorie flankierende Massnahmen, die man aus dem EU-Recht herauslösen könnte, gebe es in diesem Sinne nicht, so Tobler. Die Europarechtlerin hat in der Online-Zeitschrift «Jusletter» den Fall der 8-Tage-Regelung unter die Lupe genommen. Sie kommt zum Schluss, dass die Meldefrist in ihrer heutigen Ausgestaltung mit der Dienstleistungsfreiheit nicht vereinbar ist. Die Schweiz könne aber einem negativen Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vorbeugen, indem sie die 8-Tage-Regelung in eine einfache Meldepflicht umwandle.

Der Unterschied zu heute besteht darin, dass entsandte Arbeitnehmer bereits arbeiten dürfen, während ihr Gesuch geprüft wird. Stellt sich heraus, dass sie gegen die Vorschriften verstossen, müssen sie gegebenenfalls eine Busse bezahlen und das Land verlassen. Die Arbeitskontrolleure hätten in dieser Variante weniger (Vorlauf-)Zeit, um säumige Entsandte und deren Arbeitgeber ausfindig zu machen. Die Meldefrist ist allerdings nur ein Instrument bei der Umsetzung der «Flankierenden». Weitaus wichtiger sind nach Aussagen von



Kontrollierenden Vollzugskompetenzen und Personalressourcen.

Für die Zürcher SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr sind die Chancen intakt, dass die Schweiz flankierende Massnahmen wie beispielsweise die 8-Tage-Frist beibehalten kann. Eine gewisse Asymmetrie müsse auch nach Abschluss eines Rahmenabkommens möglich sein, wenn sie vertraglich vereinbart worden sei. Grundsätzlich seien die flankierenden Massnahmen so auszugestalten, dass Auswärtige nicht diskriminiert würden. «Wir müssen vielleicht unsererseits noch etwas flexibler werden», meint Fehr, die der Aussenpolitischen Kommission angehört. Sie denkt dabei auch an spezifische Regelungen für besonders betroffene Branchen und Regionen.

Ein verwandtes Thema, das nicht nur der Linken Sorgen bereitet, ist die Rechtsprechung des EuGH zum Verhältnis zwischen Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerschutz. Aufgrund verschiedener Urteile (Rüffert, Viking, Laval) müssen ausländische Firmen die Tarifverträge und Arbeitsschutzbestimmungen in den Ländern, wo sie Aufträge ausführen, nur noch bedingt einhalten. Gleichzeitig interpretierte der EuGH die Gewerkschaftsrechte restriktiver.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund unterstütze das institutionelle Abkommen nicht, wenn der Arbeitnehmerschutz nicht ausgeklammert werden könne, sagt Daniel Lampart, Sekretariatsleiter und Chefökonom. Eine systematische Ausklammerung des Acquis im Bereich Arbeitnehmerschutz dürfte schwierig sein, weil die Bestimmungen quer durch verschiedene Rechtsgebiete erlassen wurden und sich laufend weiterentwickeln. Er habe bis jetzt kein Konzept gesehen, mit dem man das EU-Recht im Bereich Arbeitnehmerschutz eindämmen könnte, sagt Daniel Lampart. Bei einer Anwendung der sogenannten Laval-Rechtsprechung würde es in Branchen ohne allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag schwieriger, gegen Lohndumping vorzugehen. Eine EU-kompatible Alternative sind vom Staat erlassene Normalarbeitsverträge mit zwingenden Vorschriften und Mindestlöhnen. Ausweichmanöver dieser Art wären wohl da und dort möglich, kaum aber flächendeckend.

Ob Bern und Brüssel eine institutionelle Lösung mit dem EuGH oder dem Efta-Gerichtshof aushandeln, spielt für die flankierenden Massnahmen im Übrigen keine Rolle. NZZ, 10. Oktober 2013, S. 11

Quellen der Kurzinfos

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet. **NZZ:** Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

Werkstatt-Rundbrief, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, www.werkstatt.or.at

Umwelt aktuell (früher DNR-EU-Rundschreiben) Hrg: DNR-EU-Koordinationsstelle; Bezugsadresse: oekonom verlag, Berlin (gritsch@oekom.de)

GV des *Forums für direkte Demokratie*

Datum: Montag, 3. März 2014

Ort: Luternauweg 8; Bern

Zeit: 18 Uhr 00

Traktanden: Jahresbericht, Jahresrechnung 2013, Vorstandswahlen, Varia.

Diese Ankündigung gilt als Einladung. Es erfolgt keine persönliche Einladung mehr.

Sitzung des Vorstands

Vorgängig zur Mitgliederversammlung trifft sich der Vorstand des *Forums für direkte Demokratie* um 17 Uhr 00 am selben Ort. Die Vorstandssitzung ist öffentlich.

«Es gibt keine fremden Richter, die uns vorschreiben, was wir zu tun haben»

Führt der Vorschlag des Bundesrats, den EuGH bei Streitfällen anzurufen, dazu, dass künftig fremde Richter über Schweizer Belange entscheiden? «Es kommt darauf an, was man meint», sagt EDA-Staatssekretär Yves Rossier in einem Interview mit dem «Blick» vom 18. Oktober 2013. In der Diskussion um das künftige Verhältnis zur EU hatte der Diplomat letzten Mai Öl ins Feuer gegossen mit der Aussage: «Ja, es sind fremde Richter.» Er bezog sich dabei auf den Vorschlag des Bundesrats, bei Uneinigkeit über die Auslegung von EU-Recht den Europäischen Gerichtshof (EuGH) anzurufen.

Wenn dieser das Recht auslege, sei das kein Urteil, schon gar keine Verurteilung der Schweiz, sagt Rossier nun in dem Interview. «Es gibt keine fremden Richter, die uns vorschreiben, was wir zu tun haben.» Das Gericht kläre lediglich die Rechtslage, danach sei es an den Streitparteien, eine Lösung zu suchen. «Falls es keine Lösung gibt, kann die Schweiz den Entscheid fällen, ob sie entsprechend der Rechtsauslegung handeln will oder eben nicht», sagte Rossier.

Ob sich diese Auffassung auch bei den entscheidenden Stellen der EU durchsetzt, ist allerdings fraglich. Ausgerechnet EuGH-Präsident Vassilios Skouris hatte in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger» eine andere Ansicht geäußert: «Entscheiden sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die Parteien, die sich an ein Gericht gewandt haben, binden», sagte Skouris. Ein Entscheid ergebe sonst keinen Sinn. Wer ein Gericht anrufe, wolle eine verbindliche Antwort zur Streitlösung. «Er hat recht», sagt Rossier nun. Es gehe jedoch um ein Rechtsgutachten, wie EU-Recht zu verstehen sei, nicht um ein Urteil, wie gehandelt werden müsse. Das Verhandlungsmandat des Bundesrats ist derzeit in der Konsultation. Kontrovers diskutiert wird dabei, wenig überraschend, vor allem die Frage der fremden Richter. Tagesanzeiger, 18. Oktober 2013. Allerdings ginge es eigentlich nicht um fremde oder eigene Richter, sondern um die demokratische Kontrolle der Rechtsetzung und der Richter. Der Einsitz eines Schweizers in einem Gericht ändert an der mangelnden demokratischen Kontrolle des entsprechenden Gerichts oder der Rechtsetzung übrigens nichts.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne



EUROPA - MAGAZIN

für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen
FÜR UMWELTSCHUTZ

FÜR EINE GLOBALE AUSGEWOGENE ENTWICKLUNG
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWALZE
FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitizieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Ort: _____

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Luternauweg 8, CH-3006 Bern (Telefon 0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Redaktionsadresse:

EUROPA-
MAGAZIN

Luternauweg 8

3006 Bern

Tel. 0041-31-7312914

Fax: 0041-31-7312913



<http://www.europa-magazin.ch>



Impressum

Herausgeber:

Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Gérard Devanthery, Maro Schnyder,
Christian Jungen, Seraina Seyffert

Logos und Büchersterne: Josef Loretan

Entwicklung und Konzeption der Website:

Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-
Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Luternauweg 8,
3006 Bern, Tel. 0041-31-7312914
Fax: 0041-31-7312913

<http://www.europa-magazin.ch>

E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis

Auflage: 2 100

Erscheinungsweise: 2 mal jährlich

Jahrgang 21, Nr. 59, Dezember 2013

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. April 2014

P.P.
CH-3900 Brig

Retouren und
Mutationen:
Europa-Magazin
Luternauweg 8
3006 Bern